PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | **Berlin, den 10. November 1915.** | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Hypothekennot.

Eine der ernstesten Sorgen unserer Kriegszeit bilden die Verhältnisse auf dem städtischen Hypothekenmarkt. Unsere wirtschaftliche Kriegsgesetzgebung hat es durch weitgehende Maßnahmen der verschiedensten Art erreicht, daß der Grundbesitzer wenigstens nicht während des Krieges vor den Zwang gestellt wird, fällige Kapitalien zurückzuzahlen und daß die Kriegsnot auch wegen rückständiger Zinsen ihn nicht aus den Besitz treibt. Alle Einsichtigen sind sich darüber klar, daß gerade auf dem Gebiete des Hypothekenwesens und des städtischen Grundbesitzes der Tag des Friedensschlusses noch keine Beendigung des Ausnahmekriegszustandes bedeuten wird. Es wird lange dauern, bis man den Ausnahmezustand in die Ordnung des Alltags wird überführen können. Man ist jetzt schon eifrig am Werk, Hilfsaktionen zu beraten und zu planen, insbesondere die Not der zweiten Hypotheken wird nach dem Friedensschluß die Hausbesitzer ängstigen und die meisten bisher erwogenen Projekte drehen sich darum, zweitstelligen Kredit für die Zeit nach dem Kriege bereit zu halten. Einzelne Städte haben bereits direkt oder indirekt durch ihre Unterstützung Hypothekenvereine ins Leben gerufen. Neuerdings planen die großen Organisationen des Grundbesitzes eine Art von Hypothekenschutzbank ins Leben zu rufen. Deren Kapital soll von den großen Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes gemeinsam mit anderen Hausbesitzerorganisationen und den Gemeinden eventuell auch mit Unterstützung des Staates oder des Reiches beschaffen werden. Man hat auch an städtische Ausbietungsgarantien und ähnliches gedacht. Noch erscheint es fraglich, ob diese Gebilde zustande kommen werden und ob sie im Fall ihres Zustandekommens wirklich geeignet sind, die Not des städtischen Hausbesitzes, die tatsächlich vorhanden ist, zu dämmen. Aber sicher ist bereits der Schluß. Alles, was da geschieht, ist im besten Falle ein Herumkurieren an Symptomen. Die Grundursache des Uebels wird dadurch nicht beseitigt, ja nicht einmal berührt und aufgedeckt.

Die Klagen der Hausbesitzer sind berechtigt. Sie trifft auch keinerlei subjektives Verschulden. Aber der Krieg hat gezeigt, wie stark unser aller Verschulden als Gesamtheit seit vielen, vielen Jahren schon gewesen ist, daß wir Zustände duldeten, die mit Notwendigkeit zu irgendeiner Zeit — auch ohne einen Krieg — zu einer Krisis führen mußten. Gestehen wir es uns da doch ehrlich ein, der Krieg hat die Katastrophe hervorgebracht, aber eine tiefgehende, schleichende Krise bestand doch schon lange vorher. In vielen Einzelfällen ist bei sorgfältigster Prüfung heute gar nicht mehr zu sagen, ob ein Hausbesitzer, dem es um Kopf und Kragen geht, ein Opfer des Krieges ge-

worden ist, oder ob er nicht in derselben Lage heute sich auch ohne den Krieg befinden würde. Das Stadthaus ist heute nur noch dem Namen nach ein Immobil. Tatsächlich ist es vollkommen mobilisiert. Es wird fast stets ein Spekulationsobjekt mit der Hoffnung auf guten und baldigen Verkauf gebaut und es wird in recht häufigen Fällen als Spekulationsobjekt von der zweiten und von der dritten Hand erworben. Erleichterung und Triebkraft der Spekulation ist auch hier wie überall der Kredit. Mit billigster Anzahlung kann man ein Haus übernehmen, die Schuldenübernahme bilden den wichtigsten Teil des Kaufvertrages. Wer heute auf ein Stadthaus im Werte von dreihunderttausend Mark 10 Prozent Anzahlung leistet, gilt bereits als solide. Pfiffige finden sich mit weniger Bargeld und höherer Schuldenlast durch. Auf diese Weise setzt sich die Mehrzahl der städtischen Grundbesitzer entweder aus Spekulanten zusammen, die die großen Lasten bewußt auf sich nehmen, in der Hoffnung, sie bald auf andere überwälzen und einen Gewinn einstreichen zu können, oder aus solchen Leuten, die der höheren Verzinsung kärglicher Ersparnisse wegen, das Haus ohne wirkliche Kenntnis des Risikos kaufen. Wer hat ihnen vor dem Ankauf gesagt, daß der errechnete Ueberschuß nur bei voller Vermietung sich ergibt, daß das Risiko ein oder zwei Wohnungen leer stehen zu haben, als normal betrachtet werden muß, daß schon dadurch der Ueberschuß beinahe aufgezehrt wird, daß die Modernisierung von Wohnungen durch Einbauen von Fahrstühlen, Anlage von elektrischem Licht und Einführung warmen Wassers und Zentralheizung die Mieten nicht in derselben Weise steigern kann wie das Risiko, daß bei solchen modernen Dingen das Risiko von vornherein unberechenbar ist, weil die Steigerung der Preise für Materialien und für Kohle nicht voraus zu berechnen ist? Wer aber vor allen hat sie darüber aufgeklärt, daß im Falle der Subhastation sie nicht nur ihren Besitz verlieren, sondern in dauernder Schuld haften mit Summen, die sie nicht nur für das ganze fernere Leben wirtschaftsunfähig machen, sondern deren Höhe ihnen freventlich erschienen wäre, wenn man von vornherein das Ansinnen an sie gestellt hätte, sich für derartige Summen zu verbürgen? Die meisten der großstädtischen Hausbesitzer, die „Wirte", sind im Grunde genommen nichts anderes, als Verwalter für die Hypothengläubiger, die über das übliche Verwalterhonorar hinaus schmalen Gewinn, kleine Chance, aber großes Risiko davongetragen.

Die große Mehrzahl der städtischen Hausbesitzer sind aus eigenem Interesse treue Wahrer der ihnen von den Hypothekengläubigern übergebenen Werte. Sie kämpfen um ihren Ueberschuß. Sie können von der Miete nichts ablassen, wenn sie ihren Zinsverpflichtungen nachkommen und darüber hinaus noch irgend etwas erzielen wollen. Wo aber die Durchhaltung des einmal festgesetzten Mietpreises nicht angeht, da verzichtet zwar hier und da der Hauswirt auf einen Teil des Mietzinses, aber nicht offen sondern verschleiert — die verzwicktesten Mietverträge mit allen möglichen Gegenrechnungen sind nachgerade üblich geworden —, damit nur ja nicht durch das Bekanntwerden des Rückganges der Renten der Kapitalwert des Grundstückes gemindert erscheint und die Beleihung nicht gefährdet wird. Es gibt in Berlin und soll tatsächlich auch in anderen Großstädten noch eine gewisse Anzahl von Hausbesitzern geben, die sich unter Umständen mit einem relativ mäßigen Mietzins begnügen, die mindestens aber ihre Mieter, solange sie in den Wohnungen bleiben, nicht steigern. Das sind die Kapitalkräftigen. Das ist der seßhafte Grundbesitz, der die spekulativen Kniffe nicht mitzumachen braucht, weil er entweder noch zu billigen Preisen in Besitz ist oder mindestens doch einen erheblichen Teil des Hauses mit eigenem Kapital bezahlt hat. Das sind Häuser, die noch nicht durch allzu viele Hände gegangen sind, daher sich auch nicht vielfach im Wert gesteigert haben und nicht allzu starke hypothekarische Belastungen tragen. Aber all das sind Ausnahmefälle. Bei der Mehrzahl der Häuser diktiert die Höhe der Beleihung die Höhe der Mieten.

Wenn man die Debatten der mehr oder weniger praktischen Volkswirte über die Preisbildung im städtischen Grundbesitz mit gelassener Objektivität verfolgt, so ist man sich am Schluß dieser kontradiktatorischen Vernehmung der Parteien nie ganz klar, ob die Armut von der Pauvreté oder die Pauvreté von der Armut kommt. Denn ungefähr auf der Höhe dieser Erkenntnis stehen die Gründe für und wider. Daß das wirt-

schaftliche Gesetz vo... r preisbildenden Kraft von Angebot und Na... ge sich gerade auf dem städtischen Grundstück... kt nicht frei entfalten kann, darüber dürfte ... n Zweifel bestehen. Das Angebot ist sicher be... zt und die Nachfrage wächst mit dem Wach... der Stadt. Aber Monopolwert des städtisch... rund und Bodens wäre an und für sich we... Erklärung für die städtischen Bodenpreise u... ls Ursache für die Höhe der Stadtmieten her... zuziehen. Nur wenn Großkapitalisten oder R... von solchen die überwiegende Zahl der Hä... gemeinsam hätten, wären sie in der Lage, bel... g die Mieten zu steigern. Erst die Leichtigkeit, ... it der man Häuser umsetzt und Käufer werden ... nn, bringt das Elend des großstädtischen Wo... ngswesens zur entgültigen Entfaltung. Für ... e Waren gilt der Satz, daß mit dem zunehme... n Markt auch der Preis wächst. Wo der Mark... ntlich und noch dazu in wachsendem Maße d... durch erweitert wird, daß die Käufer immer we... niger bar zu zahlen brauchen, muß die Nach... age steigen und muß der Preis dauernd sich erhö... n. Durch die hypothekarische Belastung steigt ... r Preis der Häuser. Wer zum ge... on Pre... kauft, muß auch die Höhe der Mieten ho... Erhöht sich die Miete, kann die Belast... steigert werden, ist die Hypothek erhöht, ... die gestiegene Miete zur Notwendigkeit gewo... Das ist der Kreislauf der Dinge beim städtis... Grund und Boden.

Ein Frühverstorbener, der Berliner Privatdozent Paul Vogt, dem der kluge Miquel sich mehr offenbart hatte, als anderen Sterblichen, hat diese Dinge vor zwanzig Jahren in einer sehr bedeutungsvollen Broschüre besprochen. Man sollte sie heute wieder lesen und man wird sich wundern, daß schon vor 4 Lustren eigentlich all das gesagt worden ist, das heute gesagt werden müßte und was heute viele immer noch nicht einsehen wollen. Es sind im Laufe der letzten Jahrzehnte enorme Kapitalien in Deutschland angewachsen, die ihre Anlage in Form der städtischen Grundhypothek suchen. Insbesondere die Versicherungsgesellschaften haben ungeahnte Ausdehnungen erfahren. Heute besteht unter normalen Verhältnissen kaum Gefahr, daß zu wenig Kapital dem städtischen Grundbesitz zufließt. In den 70iger Jahren des vorigen Jahrhunderts dachte man darüber anders. Und mit Recht. Damals war die Kapitalsentwicklung in Deutschland klein. Das Bedürfnis nach städtischen Hypothekengeldern war infolge der enormen Entwicklung einzelner Großstädte stärker geworden, als der zur Verfügung stehende natürliche Kapitalzuwachs. Deshalb gründete man die Hypothekenbanken. Ihre Organisation war darauf gerichtet, durch Obligationenverkauf kleine Kapitalien heranzuziehen und die vielen Rinnsale und Bächlein zu einem großen Strom zu vereinigen, der sich in die großstädtischen Grundkreditsbecken ergießen sollte. An sich eine ausgezeichnete Idee, die in der ländlichen Bodenkreditorganisation der Landschaften ihr technisches Vorbild hatte. Die Hypothekenbank hat ein Interesse daran, möglichst viel Pfandbriefe umzusetzen und daher auch möglichst viel Beleihungen vorzunehmen. Die Hypothekenbanken haben durch ihre geschäftliche Rührigkeit als starke Anregerinnen städtischer Bodenentwicklung gewirkt. Eine andere Frage ist, wie sie heute wirken, wo wir Anregung von außen für den Hypothekenmarkt (ich spreche von normalen Zeiten!) nicht mehr nötig haben. Wo der natürliche Kapitalzuwachs auch für die Beleihung von Grund und Boden außerordentlich ist und wo durch Organisationen, die das Bedürfnis haben, auf Beleihungen zu drängen, eher ein Zuviel produziert werden kann.

Die Hypothekenbanken dürfen, wenn sie ihre Hypotheken als Grundlage für die Pfandbriefe ...er stellen wollen, nur bis zu 60% des Wertes ...ihen. Und diese 60% des Wertes sind für ...erststelligen Hypotheken, insoweit nicht etwa mün...elsichere Anlage geheischt wird, Vorbild und ...orschrift geworden. Zur I. Hypothek, die gewöhn...lich den Wert des Grund und Bodens decken s...ll, kommt die zweite Hypothek, mit deren Hilfe ge...aut wird, auf die aber türmt sich dann im Laufe der Jahre die dritte, die vierte oder gar die f...nfte Hypothek. Bleiben wir bei der ersten: 60% des Wertes. Es klingt recht solide. Aber was i... Wert! Er muß geschätzt werden, und bei der ...axe da liegt der Hase im Pfeffer. Die übliche Sc...ätzung setzt sich aus dem arithmetrischen Mittel von zwei Größen zusammen. Die eine Größe ist der gemeine Wert, ihm wird der Nutzungswe...r zugezählt und die Summe wird durch zwei ...andiert. Auch das Prinzip scheint solide: I... herrsten Summanden wird

möglich der Grund- und Bodenwert gezählt. Wie erhält man ihn? Höchst einfach. Wozu existiert denn ein Markt? Was Schulze oder Müller nebenan erzielte, wird nach Zurechnung des Agios bei ungünstiger Lage in die Rechnung eingestellt. Aber was ist denn nun eigentlich der Bodenwert? In Wirklichkeit wird der Quadratmeter bebauten Bodens ja nicht als Boden berechnet, sondern man denkt sich über ihm so viele Nutzungsflächen, wie die Bebauungsmöglichkeit zuläßt, berechnet, was das Bebauen erbringt und projiziert das auf den Grund und Boden. Das heißt: In Wirklichkeit bestimmt die Miete den gemeinen Wert. Daß bei der Berechnung des Nutzungswertes die Nettomiete regiert, ist selbstverständlich. Ergo sind bei dem bisherigen Taxsystem eigentlich die beiden Wertteile, die den gesunden Durchschnitt erbringen sollen, von denselben Faktoren beeinflußt. Infolgedessen wächst die relative Höhe der zu beleihenden 60 % mit der Steigerung der Mieten. Die Höhe der Mieten bestimmt mithin die Beleihung, und die Höhe der Beleihung fixiert wiederum die Höhe der Mieten. Wieder die berühmte Schlange, die sich in den Schwanz beißt.

Errichte ich an der Stelle, wo bisher ein Wohnhaus gestanden hat, das normalen Mietertrag brachte, mit großen Kosten einen Bierpalast, so wächst die Miethöhe ins Spekulative. Der Erbauer berechnet sich einfach, was er Miete haben will. Hält sich diese Miete innerhalb der Grenzen, die einer, der mit allen Finessen Bierwirtschaften zu betreiben versteht, überhaupt herausbringt, so wird diese Miete kapitalisiert. Hat das Wohnhaus 12 000 M. netto eingebracht und bringt der Bierpalast 36 000 M. Miete, so ist der Wert ums Dreifache gesteigert, und es finden sich sofort Hypothekengeldgeber, die sofort mit oder ohne Garantie 60 % vom erhöhten Wert beleihen. Die Bankgarantie für die Sicherung der Hypothekengläubiger ist für die Pfandbriefbesitzer sicher günstig, für die allgemeine Beleihungshöhe aber recht ungünstig. Denn eigentlich werden die riesenhaften Beleihungen überhaupt erst durch diese Bankgarantie möglich, die das letzte Siegel auf die städtischen Bodenpreistreibereien setzt. Wenn heute, ich scheide absichtlich die Fälle aus, große Geschäftsleute auf eigene Häuser hohe Beleihungen nehmen, denn das gehört ins Gebiet der geschäftlichen Finanzierung und berührt die allgemeinen Bodenpreise nicht. Das Beispiel mit dem Wohnhaus und dem Bierpalast wiederholt sich einfacher häufig im städtischen Beleihungswesen. Es bricht einer statt eines Wohnparterres Läden aus und sofort ist der Mietertrag und damit die Beleihungshöhe gesteigert.

Hier liegt das Problem der ganzen städtischen Bodenpreisgestaltung. Alles andere ist Beiwerk. Man mag daher jetzt während des Krieges sein Augenmerk darauf richten, dem in Not geratenen Grundbesitz dadurch zu helfen, daß man ihm Geld zufließen läßt. Denn wie in einer Krise die Notenbank nicht mit der Zufuhr von Umlaufsmitteln stocken darf, selbst wenn sie der Überzeugung ist, daß schon allzuviel Zahlungsmittel umlaufen, so wäre es auch falsch, jetzt pharisäisch zu sagen: Es ist in der Welt schon zuviel gesündigt, man muß, wenn man nicht die Krisis zum Krach ausarten lassen will, vorläufig der Sünde noch weiter Vorschub leisten. Aber man muß sich über das Endziel klar sein: Nicht zu wenig Kapital steht dem städtischen Grundbesitz zur Verfügung, sondern zuviel. Die einzige wirkliche Rettung bleibt, auf die Abtragung der städtischen Beleihungen zu sinnen. Jede weitere Mobilisierung des städtischen Grund und Bodens muß gehemmt, der Schuldencharakter des großstädtischen Grund und Bodens muß wieder hergestellt werden. Es gilt die Befreiung vom schon allzu hoch aufgehäuften Papierkapital. Der Geschäftsbau mag nach wie vor als Sicherheit für die Finanzierung des Geschäftes frei verpfändet werden. Der Wohnbau darf in diesen Bahnen nicht weiter wandeln.

Die Türkei auf dem Weltmarkte nach dem Kriege.

Von Thilo v. Westernhagen-Konstantinopel.

Die Weltwirtschaft wi[illegible]h nach dem Kriege in manchen Punkten ändern. [illegible]her der Kriegführenden, aber auch mancher Ne[illegible]ale wird dann seine Stellungnahme gegen Deutsch[illegible] in anderem Lichte sehen. Denn der Zweck dieses [illegible]ges, auf dessen Erfüllung auch ein Teil der Neutr[illegible] im Stillen hoffte, Deutschland, diesen unbequeme[illegible]onkurrenten, auf dem Weltmarkt zu vernichten, [illegible] wenigstens auf lange Zeit hinaus unschädlich z[illegible]machen, ist mißlungen.

Im Gegenteil, Deutschland hat [illegible]e innere Kraft erkannt und ist daran gegangen, sich [illegible]m Auslande unabhängig zu machen, und wir sind n[illegible] gezwungen, wie unsere Gegner Millionen ins Ausl[illegible] für Kriegsmaterial zu senden. Die gewaltigen Su[illegible]en, die das deutsche Volk freudig und willig zur Ver[illegible]digung des Landes aufbringt, fließen zurück in di[illegible]ände der deutschen Fabrikanten und Arbeiter und [illegible]en dann wieder als Kriegsanleihe angelegt wer[illegible] Nach dem Friedensschluß wird Deutschlan[illegible] gewiß nicht auf dem angefangenen Wege stehen [illegible]eiben, sondern immer weiter an seiner wirtschaftlich[illegible] Freiheit arbeiten, so daß das englische Kampfmi[illegible] der Blockade Deutschlands für alle Zeiten wirku[illegible]los bleibt.

Es ist einwandsfrei festgestellt worden, [illegible]aß Deutschland jederzeit in der Lage sein wird, selbs[illegible]ir seine Ernährung zu sorgen. Weite Gebiete liegen [illegible] unbebaut und Deutschland stehen alle wissenschaftlich[illegible] und technischen Hilfsmittel zur Verfügung, die Pro[illegible]duktion immer weiter zu steigern. Aehnlich steht es mit der Viehzucht, die sich beim nötigen Interesse vom Staat und Landwirt noch bedeutend heben läßt. Auch in Bezug auf Gemüse und Obst ist Deutschland so gestellt, daß es, wenn nötig, ohne Import auskommen kann. Also an die Möglichkeit einer Aushungerung, wie unsere Gegner sie planen, ist niemals zu denken.

Gleichfalls werden wir auf wissenschaftlichem Gebiet mit aller Energie weiter arbeiten, um die Fesseln eines übelwollenden Auslandes mehr und mehr abzustreifen. Ich erwähne hier nur die künstliche Herstellung von Salpeter und Gummi. Wir werden danach streben, unsere Industrie weiter kräftig zu entwickeln, und vor allem einzelne Zweige zu heben, so daß wir einen möglichst großen Teil der Sachen, die wir brauchen, auch selbst herstellen können. Und gerade hier wird sich die Stellungnahme unserer offenen und versteckten Gegner rächen, denn bei der hochentwickelten und auf wissenschaftlicher Methode aufgebauten deutschen Industrie werden sie noch auf lange hinaus von Deutschland abhängig bleiben, eine leistungsfähige Industrie läßt sich eben nicht aus der Erde stampfen. Zu ihrer Entwicklung ist Zeit und ernstes Studium erforderlich. Denken wir nur an die Abhängigkeit des Auslandes von der deutschen chemischen und pharmazeutischen Industrie, die sich während dieses Krieges so recht gezeigt hat, und an das traurige Scheitern aller kostspieligen englischen Versuche auf diesem Gebiete.

In Zukunft wird Deutschland naturgemäß bestrebt sein, möglichst mit solchen Ländern zu arbeiten, deren Freundschaft und Zuverlässigkeit es erprobt hat, und wenn wir die Reihe dieser wenigen Getreuen überblicken, so sehen wir, daß das fast hundertjährige prophetische Wort Friedrich Lists von der Linie von „Hamburg bis Basra“ jetzt in Erfüllung gehen, und daß die Nordsee jetzt mit dem Indischen Ozean fest verbunden sein soll, von wo diese Linie sich fortsetzt über Persien, Turkestan bis nach China.

Doch bleiben wir hier beim nächstliegenden, der Türkei — Kleinasien. Deutschland wird auch nach dem Kriege, und zwar in verstärktem Maße, suchen müssen, immer neue Märkte für seine Industrie zu finden und neue Absatzgebiete aufzuschließen. Gleichzeitig muß uns daran liegen, den Bezug der Rohstoffe, die wir benötigen, sicherzustellen, und zwar aus Ländern, aus denen wir unbehelligt in Kriegs- und Friedenszeiten die Güter nach Deutschland überführen können. Dieses Land kann das reiche, noch unerschlossene Klein-Asien sein, doch ist erforderlich, daß in Zukunft Rumänien und Serbien eine Politik treiben, die uns auf der Linie Konstantinopel, Wien, Berlin nicht stört. Es sei der Zukunft überlassen, zu entscheiden, ob diese Politik die eines freundschaftlich Verbündeten oder eine von den Zentralmächten vorgeschriebene sein soll.

Der andere wichtige Faktor ist die unbedingte Zuverlässigkeit der Türkei, die sich in diesem Kriege bereits glänzend bewährt hat. Es ist eine gewaltige Aufgabe, die der türkischen Regierung noch wartet, alle Reformideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Methodik, Wollen, Stetigkeit, die einzig das Wohl des Ganzen im Auge hat, sind erforderlich, so daß eine ruhige Arbeit gewährleistet ist. Was muß die Türkei nach dem Friedensschluß erhoffen? Eine lange Zeit des Friedens, die der Regierung die Ausführung aller Reformpläne gestattet, die die erste unerläßliche Grundbedingung bilden für jede politische und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei — ohne diese keine Türkei im Konzert der Weltmächte. Die Türkei ist ein Land reich an Bodenschätzen, die noch ungehoben liegen, und es ist Unterstützung erforderlich an Geld, Maschinen und Männern, um die Reichtümer des Landes zu entfalten, die wir Deutschland liefern können. Und wenn die Güter produziert sind, dann müssen sie verkauft werden und wiederum werden sie ihren Weg nach den deutschen Märkten nehmen können [illegible]nd dort schnellen Absatz finden. So wird Geld nach der Türkei kommen und mit ihm Kaufkraft und das Verlangen nach Gütern, die die Industrie des Landes nicht hervorbrigen kann; denn um eine leistungsfähige Industrie zu schaffen, sind lange Jahre erforderlich. Und da ist es wieder

Deutschland, dessen Industrie sich auf der Suche nach Neuland befindet.

Es sei hier nur kurz auf die wichtigsten Rohstoffe und Industrieprodukte hingewiesen, auf die später genauer eingegangen werden wird. Die Reichtümer des für Getreidebau geeigneten Bodens werden wohl Deutschland weniger zugute kommen als anderen Ländern, die auf Zufuhr von Getreide mehr angewiesen sind, wie England zum Beispiel; doch ist hier für Deutschland als Agent oder Schiffseigner, mancher schöne Gewinn zu erwarten. Der weitaus wichtigste Rohstoff ist Baumwolle bei ständig sich ausdehnender Baumwolle-Industrie. Deutschland importierte im Jahre 1913 aus

Britisch-Ostindien	57 520 t
Aegypten	40 555 t
Amerika	369 397 t

im Werte von zusammen rund 594 Mill. ℳ. Ueber Aegypten ist der Würfel noch nicht gefallen.

Die gesamte Baumwolle-Einfuhr Deutschlands im Jahre 1913 betrug 477 945 t im Werte von 607 124 000 ℳ.

Deutschland wird auch in Zukunft einer der bedeutendsten Abnehmer von Baumwolle auf dem Weltmarkt sein und die Türkei eignet sich in weiten Strecken vorzüglich zum Anbau derselben, so daß sie im Laufe der Zeit einen großen Teil des Weltbedarfes decken könnte. Ein weiterer wichtiger Artikel ist das Rohöl, von dem die Türkei große zum Teil noch unerforschte Läger besitzt. Trotzdem ist sie heute noch gezwungen, Oel einzuführen. Durch die Oelheizung für Schiffe, Eisenbahnen und Maschinen wird sich der Weltbedarf bald um ein Bedeutendes steigern. Die Einfuhr Deutschlands im Jahre 1913 an Schmierölen betrug 248 035 t im Werte von [illegible] 812 000 ℳ. und an Lichtöl 745 466 t im Werte von [illegible] 884 000 ℳ. Hauptbeteiligt sind an dieser Einfuh[illegible] außer Oesterreich und Rumänien, Rußland und [illegible]merika.

Weitere Erzeug[illegible] sind Schafwolle und Ziegenfelle. Die Türkei be[illegible] heute schon große Schaf- und Ziegenherden, dere[illegible]ahl sich beliebig steigern läßt.

Dafür kann [illegible]schland der Türkei Webwaren liefern, für die [illegible]ltig sich steigernder Bedarf vorhanden sein [illegible] Die Einfuhr der Türkei an Webwaren a[illegible]tschland betrug im Jahre 1913 23 Mill. ℳ. [illegible] wird für Ausfuhr aus der Türkei folgendes in [illegible] kommen: Seide, Mais, Rosinen, Galläpfel, [illegible]e Nüsse, Teppiche, Wein; und für die Einfu[illegible]odukte der Eisenbahn-Industrie, Waffen, [illegible]nen, Eisenbahn-Utensilien, Werkzeuge, m[illegible]che Instrumente usw., chemische und pharma[illegible] Produkte, Luxusartikel und vieles andere [illegible]

[illegible] später zu erörtern sein, auf welche Gebiete [illegible]usfuhr und Einfuhr besonders richten werd[illegible] gibt wohl kaum zwei Länder, die sich so erg[illegible]ie gerade Deutschland und die Türkei. Hier da[illegible]eiche Land, das Industrie-Erzeugnisse gegen di[illegible]en Reichtum eintauschen will, und dort das [illegible]kland, das Absatz für seine Fabrikate und [illegible] von Rohstoffen sucht.

[illegible]arauf besteht die deutsch-türkische Freundschaft in [illegible]n praktischen nüchternen Wurzeln. Und gerade die[illegible] Interessengemeinschaft dieser beiden aufstrebenden [illegible]er, die auf den beiderseitigen Nutzen ab[illegible] die beste Gewähr für die Beständigkeit des [illegible]-türkischen Bündnisses, für die feste Verbindung [illegible]schen Nordsee und Indischen Ozean und somit für [illegible]e Sicherheit des Weltfriedens.

Intrigen der [illegible]erbandsdiplomatie.

[illegible] Nyson.

I.

Russische Wühlarbeit in [illegible]ulgarien und Griechenland.

Die Idee des Zäsaropapismus besteht in eine[r] unausgesetzten unermüdlichen gemeinsamen Arbeit der staatlichen Gewalt und der der orthodoxen Kirche zur Ausbreitung des Panrussismus zunächst über die ganze slawische Welt! Als erste Etappe auf der Station zur Beherrschung Asiens und Europas soll das gesamte Slawentum russifiziert werden. Die beste Hilfe hierzu ist die Einführung des orthodoxen russischen Glaubens. Daher müssen die Westslawen vom Katholizismus zum Orthodoxismus bekehrt werden und die anderen orthodoxen Kirchen vom Balkan unter die Oberherrschaft der russischen gebracht werden. Dies letztere bezweckte schon der Friede von Rustschuk Kainardschi. Nikolaus I. erlangte dann viele Jahre später das tatsächliche Protektorat über alle im türkischen Reich lebenden Orthodoxen. Hinderlich war aber dem Bestreben der Alleinherrschaft über sie die griechische orthodoxe Kirche, zu der damals noch die Bulgaren gehörten, und das griechische Patriarchat von Konstantinopel, das als erstes auch in Rußland anerkannt ward.

Daher ging das rührige Bestreben der weltlichen und kirchlichen Diplomatie Rußlands dahin, Bulgarien von der griechischen Kirche ganz abzusprengen und das Patriarchat von Konstantinopel völlig bedeutungslos zu machen. Schon im Jahre 1859 berichtete deshalb der Bischof Naumow an den Zaren: „Das wesentliche Ziel muß es sein, den Griechen die Patriarchate von Alexandrien, Antiochien und Jerusalem zu entreißen. Der Patriarch von Konstantinopel kann beibehalten werden. Aber Rußland darf keine Mühe scheuen, um ihm die Bulgaren zu entreißen und ihn zur russischen Regierung in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Außerdem sind

ohne weiteres alle G[illegible]terstützungen an die drei anderen Patriarchate a[illegible]hneiden, solange diese von Griechen besetzt sind.“

Man sieht, wie s[illegible] damals Rußland mit voller Energie auf sein[illegible]dziel lossteuerte, und zwar nur vier Jahre na[illegible]dem verlorenen Krim- krieg nimmt es den Kamp[illegible]m die Herrschaft am Balkan mit ganzer Kraft [illegible]n wieder auf. Es ließ sich durch nichts von se[illegible]n Weg abirren und wandte alle schlechten und ve[illegible]rflichen Mittel, die nur denkbar sind, dazu an, [illegible] auf ihm möglichst schnell vorwärts zu kommen. [illegible]r größte Meister in der Anwendung solcher M[illegible]l — Herr von Hartwig war über 30 Jah[illegible] später nur ein schwacher Adopt seines Wirkens [illegible] war der ebenso kluge wie gewissenlose Ignatie[illegible] der von 1870 bis 1877 (bis zum Ausbruch des R[illegible]isch-Türkischen Krieges) Botschafter in Konstantino[illegible] war. Nachdem schon Grotschukow in den [illegible]iger Jahren die von einigen Intellektuellen erst[illegible]te Union mit Rom verhindert hatte und [illegible]en Führer die Bischöfe Hilarion und Aurentius z[illegible] Gründung einer „nationalen“, d. h. von Rußland [illegible]hängigen Nationalkirche, anstachelte, wofür sie vo[illegible]den vier griechischen Patriarchen exkommuniziert [illegible] worden, nachdem trotzdem auf Betreiben Rußlands [illegible] Pforte den Bulgaren gestattete (1870), unabhängi[illegible] Zivilgemeinden, unbeschadet allerdings der Ein[illegible]t der Kirche, zu gründen, nahm Ignatiew 1871 die [illegible]ache im großen auf. Ein Brief vom 4. März 1871 an den russischen Botschafter in Wien (abge[illegible]uckt bei Ular und Jasabato: Der verlöschende H[illegible] mond) gibt hierüber einen höchst charakteristis[illegible] Aufschluß. Doch heißt es, nachdem wohl sehr ü[illegible]r Beust hergezogen wird:

„Dank der Starrköpfigkeit der Griechen un[illegible] der Hartnäckigkeit der Patriarchen ist nun endlich die Scheidung zwischen den Bulgaren und den Griechen unvermeidlich geworden. Wenn ich aufrichtig sein soll, muß ich zugestehen, daß ich eine Zeitlang ernstlich die Aussöhnung fürchtete (!), aber da der Patriarch nicht nachgeben wollte, hat sich die Sache so zugespitzt, daß alle Anstrengungen Ali-Paschas vergeblich bleiben müssen. Jetzt also heißt es mit doppeltem Eifer vorgehen. Wenn der Vezier die Demission des Patriarchen annimmt (was fast sicher ist), so muß die Ernennung des neuen Prälaten mit einer Adresse gefeiert werden, in der die Bevölkerung Thraziens, Makedoniens, Bosniens und der Herzegovina nationale Bischöfe verlangen. Mit diesem System gewinnen wir bei jeder neuen Patriarchenwahl ein paar weitere Diözesen. Ich habe schon in diesem Sinn nach Adrianopel und nach Monastir geschrieben. Ihr Komitee (das des russischen Botschafters in Wien!) muß in Bosnien und der Herzegowina ebenso verfahren.

Haben Sie die neuen strategischen Karten der westlichen Provinzen der Türkei erhalten? Nach den Berichten unserer „Forscher“ sind wir in der Meinung der Bevölkerung schon ein gutes Stück vorwärts gekommen, und sogar die Muselmane. sollen uns zu unserem Emanzipationswerk Beistand leisten! Gott sei Dank geht alles gut ab; aber noch viel vergnügter werde ich sein, wenn ich den Befehl in der Tasche habe, meine Pässe zu verlangen!“

Dies Schreiben spricht Bände über die russische Intrige und die russische Methode, Unruhen und Zwist am Balkan zu erregen, die sich seitdem natürlich nicht gemindert haben. Zwei weitere Briefe stellen aus der nämlichen Korrespondenz (abgedruckt l. c.) mögen noch folgen, beide sind aus dem Spätherbst 1872. In dem ersten heißt es:

„Ich habe nach Petersburg geschrieben, und ich hoffe, man wird endlich meinen alten Plan ausführen und einfach das bedeutende Eigentum, das die Jerusalemer (griechische) Kirche besitzt, provisorisch konfiszieren .... Wenn wir Erfolg haben, wird .... der griechische Patriarch von neuem seine Hände ausstrecken, um das panslawistische Gold zu erbetteln.“

Deutlicher, sollte man meinen, konnte man kaum schreiben, aber Ignatiew brachte es 10 Tage später doch noch fertig, da lesen wir: „Die Festigkeit der Stellung Khalil Beis hat zur nächsten Folge neue heftige Angriffe der Griechen auf den Jerusalemer Patriarchen und den bulgarischen Exarchen. Was speziell den ehrwürdigen Kyrill (Patriarch) betrifft, so ist seine Lage äußerst schwierig. Wenn die Pforte seine Absetzung notifiziert, so wird die Synode sofort einen neuen Patriarchen wählen und damit verlieren wir unser Recht (!) auf das Heilige Grab ... Ich habe daher an P., C. und Y. geschrieben, sie sollten sofort die Bevölkerung in Syrien und Palästina geschickt bearbeiten und die Errichtung einer unabhängigen arabischen Kirche betreiben, diese wird dann Kyrill zum Haupt erwählen!“

So dieser Brief, der in seiner brutalen und ungeschminkten Skrupellosigkeit wirklich nicht mehr übertroffen werden kann! Es ist ja bekannt, daß der Plan Ignatiews, Griechenland und Bulgarien gänzlich zu entzweien, völlig gelang. Nun machte man sich unmittelbar darauf ans Werk, noch von Bulgarien weiter in eigentlichstes Gebiet der griechischen Kirche die russische politische und kirchliche Sphäre auszudehnen. Es handelte sich darum, auf nicht erkennbare Weise Positionen zu erobern, die „religiös“ genommen werden, dann aber als politische und militärische Zentren am Balkan für Rußland dienen sollten. Die auf der Felsenhalbinsel liegenden, das ägäische Meer zwischen Saloniki und den Dardanellen so leicht beherrschenden altberühmten griechischen Athosklöster erschienen zunächst hierfür sehr geeignet, um so mehr, als sie seit sehr langer Zeit eine von der Türkei anerkannte selbständige Verfassung hatten (es sind zwischen 20—30 Klöster), man also von Stambul aus nicht leicht in die russische Intrige hineinsehen konnte. Außerdem konnte man das religiöse Empfinden für den Athostag sehr aus-

nutzen. Was Loretto für die westliche Kirche bedeutet, bedeutet der Athos für alle östlichen Kirchen, und jeder Russe, der nach Jerusalem pilgert, macht am Athos Station.

Am gleichen Tag, an dem Ignatiew seinen letzten zitierten Brief schrieb (26. November 1872), depeschierte das russische panslawistische Zentralkomitee, dessen Vorsitzender damals der Zarewitsch war (der spätere Alexander III.), an den russischen Konsul in Saloniki:

„Das Zentralkomitee gibt sich die Ehre, Ihnen auf Befehl Sr. Kaiserl. Hoheit, unseres allergnädigsten Präsidenten, mitzuteilen, daß unsere Agentur auf dem Berge Athos in eine Organisationskomitee umgewandelt ist.

Dies Komitee hat folgende Aufgaben:

1. Im Kloster Russikow (richtiger Pantaleimow) hat es ein Waffen- und Munitionsdepot anzulegen.

2. In Mazedonien, Thrazien, Bulgarien und Altserbien hat es durch vertrauenswürdige Sendlinge Bücher und Geld verteilen zu lassen, der slawischen Sache neue Anhänger zu verschaffen und Freiwillige zum patriotischen Kampf anzuwerben.

3. Es hat auf dem Berge Athos russische und bulgarische Kolonien anzulegen, um diese ganze Gegend in eine rein slawische Oertlichkeit umzuwandeln. Zu diesem Zweck sind ausnahmslos alle Mittel anzuwenden, um im Verlauf weniger Jahre den Griechen alle Klöster und Grundstücke zu entreißen, die sie dort noch besitzen.

Das Organisationskomitee wird jährlich 50 000 Rubel zur Verfügung gestellt erhalten (diese Summe hat sich natürlich durch freiwillige Spenden verzehnfacht), deren Verwendung von der Kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel kontrolliert werden wird.

Die Direktion des Komitees ist hiermit dem Kaiserlichen Konsul zu Saloniki anvertraut, dem vorgeschrieben wird, von nun an wenigstens die Hälfte des Jahres auf dem Berge Athos zuzubringen.

Also war tatsächlich auf Befehl des Zarewitsch (d. h. der russischen Regierung), eine Bewegung zur „Friedlichen Eroberung" des Athos und zum Ausbau der Klöster in Zitadellen geplant, und sie ist heute tatsächlich durchgesetzt. Ueber 6000 russische Mönche haben nach und nach die Griechen aus fast allen Klöstern, selbst aus denen in Karijäs (Löwenkloster), der Zentrale der kirchlichen Bergrepublik so ziemlich ganz verdrängt. Diese „Mönche" befinden sich alle im „dienstpflichtigen" Alter und in ihren Magazinen für Heiligenbilder sind hinter diesen ungeheure Mengen von Munition und Waffen aufgestapelt worden. Außerdem hat sich, gerade im jetzigen Krieg, der Athos (heute in griechischem Besitz, nicht mehr im türkischen) als vorzügliche Signalstation für Flotten bewährt. Er ist eine russische Etappenstation, die völlig ausgerüstet ist, auf dem Weg nach Konstantinopel.

Doch damit noch nicht genug. Insabato schildert sehr richtig die weitere Methode, „neue" kleine Festungen im griechischen Land, auch im arabischen Rußland zu gewinnen! „Bei den häufigen Streitszenen zwischen den groben, mönchisch verkleideten Unteroffizieren des Zaren und den griechischen Mönchen behielten nach jeder Klage diese Recht beim russischen Konsul; und jedesmal wurden die Russen empfindlich, aber mit Nutzen bestraft. Hunderte von ihnen wurden allmählich aus den Athosklöstern „verbannt" und zur Strafe in den griechischen Klöstern Thraziens „interniert", wie die russischen Akten besagen. Aber nirgends natürlich waren sie gefangen, sie waren einfach „versetzt", und ihre Strafe bestand in der Verpflichtung, zu spionieren, die griechischen Kollegen propagandisch zu bearbeiten ... und in die nichtrussischen Klöster Munition und Waffen einzuführen, welche im Notfalle kräftig gegen den „Feind des Glaubens" zu führen, sich die russischen „Internierten" ihren Kollegen gegenüber großmütig anboten."

Diese Schilderung ist in gar keiner Weise etwa übertrieben, wie mir gerade in letzter Zeit von hervorragendster Seite, von sehr klugen Männern, die unmittelbar vor dem jetzigen Kriege diese Gegenden bereisten, versichert ward. Ignatiews Arbeit hat „gute" Frucht getragen, und die russischen infamen Intriganten am Balkan haben mit Mitteln gearbeitet, wie sie seit der Renaissancezeit bis vor wenigen Monaten nicht mehr sonst in Europa zur Anwendung gekommen waren, vornehmlich nicht in offiziell dem intrigierenden Staat befreundeten Ländern.

Auslandsspiegel.

Der Raub deutscher Patente durch England.

Unter der Losung „Capture of German trade" scheut sich das amtliche England nicht, sich deutsche Patente widerrechtlich anzueignen. Die Hauptrolle in diesem Raubzuge, der in der Geschichte der Völker seinesgleichen nicht hat, ist dem „British Patent Office" zugefallen. Und man muß zugeben, daß es die von englischen kaufmännischen Kreisen diesbezüglich gehegten Erwartungen voll erfüllte. Zwei Männer sind es vornehmlich, die sich in dieser Beziehung große Verdienste um ihr Land erworben, Mr. Temple Franks und Sir Cornelius Dalton. Man wird gut tun, sich die Namen dieser Helden zu merken. Ihre Aufgabe besteht darin, den Board of Trade auf die „Nützlichkeit" hinzuweisen, „in indivi-

duellen Fällen gewährte aus deutschen und österreichischen Patenten sich ergebende Rechte an solche britischen Staatsangehörigen zu verleihen, die in der Lage sind, jene Rechte kommerziell zu verwerten.“ Der dabei beobachtete modus procedendi besteht also darin, auf Grund der einzelnen Patente Lizenzen zu erteilen. Auf diese Weise wird es vermieden, das Patent für null und nichtig zu erklären und die durch die Patente geschützten Artikel oder Präparate der allgemeinen Konkurrenz freizugeben.

Das Patentgericht, das zu diesem Behufe Ende August 1914 ins Leben gerufen worden war, hat sich bisher mit nicht weniger als 387 Anträgen auf Lizenzerteilungen auf Grund von Patenten feindlicher Ausländer zu beschäftigen gehabt. Die Zahl der umworbenen Patente beträgt 294, so daß sich also für zahlreiche Patente mehr als ein Reflektant gefunden hat. In 245 Fällen sind Lizenzen erteilt worden.

Was die Art der geraubten Patente oder, was damit gleichbedeutend ist, der erteilten Lizenzen anbelangt, so betreffen die wichtigsten chemische Präparate, wegen deren der Wettbewerb zwischen englischen und französischen Firmen außerordentlich lebhaft war. Andere Patente berühren die Glasflaschen- und die Stickmaschinen-Industrie. In Bezug auf letztere erklärten Händler aus Nottingham, daß die Deutschen den Markt fast ausschließlich beherrscht haben. Was insbesondere die deutschen chemischen und pharmazeutischen Präparate anbelangt, so wird der große Erfolg der Deutschen auf diesem wichtigen Gebiete damit erklärt, daß das englische Publikum sich an die Erzeugnisse durch den als Handelsmarke eingetragenen und daher geschützten Namen der Präparate gewöhnt hatte und von englischen, gleichartigen (?), aber einen anderen Namen tragenden Erzeugnissen nichts wissen wollte.

„Gewisse britische Fabrikanten“, so schreibt zu diesem Thema die Morning Post vom 27. Oktober, „sind jetzt in der Lage, die britische Industrie auf eine gesunde Basis zu stellen, bevor sie nach Beendigung des Krieges wieder auf die deutsche Konkurrenz stoßen. Es wird berichtet, daß die Deutschen unser Verfahren in Bezug auf in ihrem Lande eingetragene britische Patente nachgeahmt (?) und keine Politik der summarischen Konfiskation befolgt haben. Es besteht in der Absicht des Board of Trade, die britischen Händlern gewährten Lizenzen zu dauernden zu machen, es sei denn, daß nach Friedensschluß seitens der deutschen Patentbesitzer befriedigende Vorschläge gemacht werden (!), die den beständigen (!) Gebrauch jener Patente durch die britische Industrie im Interesse der britischen Konsumenten gewährleisten.“

So weit das englische Cityblatt, das mit einem Zynismus ohne gleichen diesen amtlichen Diebstahl zu beschönigen sucht. Interessant ist die englische Furcht vor der nach Beendigung des Krieges wieder zu erwartenden deutschen Konkurrenz, der sich die Engländer eingestandenermaßen eben doch nicht gewachsen fühlen.

„Der morgige Krieg.“

Nach Staatsmännern, Politikern und Kaufleuten mobilisiert Frankreich nunmehr auch seine Dichter für den bevorstehenden wirtschaftlichen Kampf! So schreibt der bekannte Romanschriftsteller Victor Margueritte im „Journal“ vom 23. September: „Wir müssen uns nur darüber klar werden, daß wir zwar siegreich bleiben — denn in letzter Linie werden wir die Sieger sein —, daß uns aber ganz offenbar der schwierigste Kampf noch bevorsteht. Wir würden nur einen Pyrrhussieg, der schlimmer wäre als die schrecklichste Niederlage davon getragen haben, wenn wir nicht darauf vorbereitet wären, sofort nach Beendigung der Feindseligkeiten den auf das Gebiet aller Märkte erweiterten Kampf aufzunehmen.

Was macht denn Deutschland seinerseits? Parallel mit seiner ungeheuren militärischen Anstrengung, mit jenem Werke, wo alle seine Industrieen zusammenlaufen, und an das sich all seine Hoffnung klammert, bereitet es mit Kraft, Methode und Zuversicht eine Zukunft vor, wo es, auch wenn es besiegt ist, noch immer der Eroberer sein würde. Es versucht, auf den Schlachtfeldern für zukünftige Ernten zu säen.

Es sagt sich, daß Europa nach dem Kriege in kommerzielle Gruppen eingeteilt sein wird, die mehr oder weniger ihre Grenzen sperren werden. Deutschland will an der Spitze stehen und so die Türen aufbrechen. Zu diesem Zwecke will es, von Hamburg bis nach Triest, die gesamte deutsch-österreichische Erzeugung vereinigen. Ein mächtiger Zollverein, der schließlich die Schweiz, Holland, Skandinavien in seinen Bannkreis zöge! Und sobald die großen industriellen Nationen, die nur für den Krieg gearbeitet haben, den plötzlich auftauchenden Friedensbedürfnissen nicht gerecht zu werden vermögen, welches andere Werkzeug als das deutsche, das intakt geblieben ist, kann in die Bresche springen? Die Länder der beiden Amerika, selbst Frankreich, England, Rußland, Italien, Belgien usw. werden sich dem Eindringen deutscher Erzeugnisse nicht widersetzen können. Sie brauchen sie und finden sie anderwärts nicht. Daher, kräftiger als je, die Bearbeitung der Neutralen, bis der Weg bis zu den Feinden, die wieder Kunden geworden sind, sich aufs neue öffnet. Das ist das Ziel! Und da liegt die Gefahr!

Wir müssen dagegen Front machen. Im Jahre 1913 haben die Verbündeten von Deutschland Waren im Werte von 5741 Millionen gekauft. Mögen sie sich im Jahre 1916 bemühen, selbst zu fabrizieren, und alles dasjenige untereinander auszutauschen, was sie bisher von dem mächtigen Konkurrenten gekauft haben. Möge ein undurchdringliches Netz von Zollverträgen den siegreichen Soldaten des Rechts (!) die herumwimmelnden Boches-Erzeugnisse aufhalten und auf ihre inneren Märkte zurückdrängen. Entweder

morgen die made in Germany-Invasion eindämmen oder in ihr ertrinken. (!) Dilemma!

Mögen die verbündeten Regierungen sich ans Werk machen. Bereiten wir den Krieg von morgen vor. Sonst werden wir auf dem wirtschaftlichen Felde einen bewaffneten Feind finden, der ebenso gerüstet und ebenso stark ist als derjenige, der sich nach 44 Jahren militärischen Drills brutal gegen uns erhoben hat, um uns hinterrücks den Garaus zu machen. Im Schutze seiner Fabriken und seiner Büros träumt Deutschland davon, seinen Sieg zu vervollständigen. Hindern wir es, seine Revanche zu nehmen! . . .

Ausfuhrhandel und Exportkredite.

Bekanntlich erörtert man in Frankreich eifrig die Frage, woher es wohl kommen mag, daß der Ausfuhrhandel Frankreichs gegenüber dem seiner Nachbarn so sehr ins Hintertreffen gelangt ist. Anstatt nun offen zuzugeben, daß die Gründe dieser Erscheinung in der geringeren Konkurrenzfähigkeit der französischen Erzeugnisse und der geringeren Tüchtigkeit der französischen Kaufleute liegen, sucht man nach allen möglichen anderen Ursachen, getreu der französischen Nationalgewohnheit: de chercher midi à quatorze heures.

„Unter den Gründen, die die Schwäche unseres Außenhandels erklären," so schreibt zu obigem Thema das Journal des Débâts —, „abgesehen von den Kolonien, deren Märkte uns reserviert sind —, haben gewisse Personen an erster Stelle das Fehlen langer Kredite bezeichnet. Unsere Banken, so behaupten jene, sollten zugunsten der Exporteure Kredite von einem Jahr und darüber gewähren. Man hat nicht verfehlt, in diesem Zusammenhange das Beispiel Deutschlands zu nennen. Die so schnelle Entwicklung seines Außenhandels erkläre sich aus den seitens der deutschen Banken den Exporteuren eingeräumten langen Kredite."

Dieser Gedanke hat auch den Geist der Kommission beherrscht, die sich in Paris gebildet hat im Interesse der Entwicklung der französisch-russischen Handelsbeziehungen („commission pour le développement des relations commerciales franco-russes"). In einem Rundschreiben, das sie soeben an alle Beteiligten gerichtet hat, hat sie an erster Stelle die Frage angebracht: „Sind Sie Anhänger des langfristigen Kredits, wie er in Deutschland gehandhabt wird? Muß man, um diesen Kredit zu organisieren, an die französischen Banken appellieren, an die lokalen Banken oder an die großen Finanzinstitute? Oder vielmehr an einen besonderen Organismus? Sind Sie der Meinung, an die Mitwirkung der Regierung zu apellieren und in welcher Form?"

„Zunächst ist hierbei zu berücksichtigen", schreibt das Journal des Débâts, daß unser Handel mit England, dessen hohe Ziffer sich durchschnittlich zwischen 1100 und 1300 Mill. Francs bewegt, zu seiner Entwicklung nicht die Bedingungen nötig hatte, die man uns als unerläßlich bezeichnet. Man kann nicht genügend wiederholen, daß Deutschland jene Methode nur aus Konkurrenzrücksichten angewendet hat. Denn wegen der Kosten und der Verlu[illegible] die sie im Gefolge hat, kann sie kaum als dauernd[illegible] System angesehen werden.

Man vergißt außer[illegible] zu leicht, daß Deutschland — ebenso wie Engl[illegible] — in den fernen Ländern, in die seine Ausfuh[illegible]geht, sehr zahlreiche Staatsangehöri[illegible] besitzt, die daselbst etabliert sind. Solches erleichte[illegible]ie Kreditoperationen insofern, als die Banken der [illegible]tstadt, die mit ihren eigenen Landsleuten Gesch[illegible]machen, deren Geschäfte viel leichter verfolgen, [illegible] Situation viel besser kennen, als wenn es sich [illegible]Fremde handelt. Die scheinbar solidesten Häuser [illegible]en, bei derartigen Entfernungen, in wenigen Mo[illegible] faul werden. Die Staatsangehörig[illegible]nes Landes sind seine ersten Pio[illegible]de für die wirtschaftliche Ausdehn[illegible] im Auslande. Sie errichten daselbst Kon[illegible]ns- und Verkaufsstätten, sogar Industrien. S[illegible]nd die kommerziellen Kolonien des Mutterlan[illegible] mit dem sie enge Beziehungen unterhalten. S[illegible] die Dinge in Frankreich ebenso? Seine schwache [illegible]rtsziffer auf der einen, seine Tendenzen [illegible]f der anderen Seite führen es kaum auf di[illegible]rieg.

[illegible]klichkeit verdanken Deutschland und England [illegible]rfolg ihres Exports weit reelleren Ursach[illegible]r lasen kürzlich in dem Bericht der fr[illegible]sischen Handelskammer in New Y[illegible]tschläge an unsere Exporteure. Diese Rat[illegible]aren gleichzeitig Kritiken. Man macht dar[illegible]merksam, daß die Deutschen drüben Vertreter [illegible]n die beauftragt sind, die Erzeugnisse beim [illegible]den in Empfang zu nehmen, die Zollformali[illegible] zu erledigen, die Ware an den Kunden gelangen [illegible]lassen. Auf diese Weise werden die Verkaufspreise vom Exporteur nicht beim Ausgang der Ware aus der Fabrik, sondern bei ihrem Eintreffen im Laden des Käufers festgesetzt.

Wie kann man im übrigen, angesichts der Verhältnisse, in denen sich unser Land befindet, lange Kredite im Auslande befürworten, wenn die Kredite in Frankreich, wo man die Lage der Schuldner übersehen kann, grundsätzlich nur 90tägig sind?

Nun sagt man zwar, daß die Funktion das Organ schafft. Ja — warum gründen denn diejenigen, die derartige Kredite fordern und sie als absolut unerläßlich ansehen, keine sogenannte Exportbank? Und doch hat man vor einigen Jahren viel Propaganda in ganz Frankreich dafür gemacht. Wahrscheinlich hat man sich auch dieserhalb an die Handelskammern gewandt. Sie scheinen aber diese Kampagne nicht berücksichtigt zu haben.

So bleibt nur noch das letzte, das höchste Mittel: die Zuflucht zum Staat. Wie man einst „das Recht auf Arbeit" proklamiert hat, so scheint man jetzt „das Recht auf Kredit" proklamieren zu wollen. Die Doktrin ist die gleiche. Wenn der Staat Geld ißt, so ißt er das Geld der Steuerzahler, und er kann diese eigenartigen Operationen auf ihre Kosten zugunsten von Leuten fortsetzen, die man schützt, und denen man unbilliger-

weise beisteht. Aber n der Staat in normalen Zeiten auch derartige mmheiten machen kann — wird er es mor können, wenn er, einer Pflicht gem so dringende und ungeheure Bedü isse zu befriedigen hat?

Der Kampf um den ienischen Markt.

Ueber den italienischen arkt und die zukünftigen italienisch-französischen ndelsbeziehungen hat sich Herr Elisio Ballerini, S tär der italienischen Handelskammer in Paris, e n Mitarbeiter des „Excelsior“ gegenüber wie folg sgesprochen:

Die französisch-italienische irtschaftlichen Beziehungen bedürfen zu ihrer len Entwicklung einer Revision der bestehe en Handelsverträge. Deutschland, desse bemerkenswerte Assimilationsfähigkeiten bekannt si nd dessen Expansion infolge seiner industriell Ueberproduktion und seiner unzureichenden la irtschaftlichen Erzeugung notwendig wurde, hat M und Wege gefunden, um sich auf allen italieni n Märkten festzusetzen.

Auf der anderen Seite hatten sich u re großen Importeure und Exporteure, die gewoh sind, alle Formalitäten zu vereinfachen, an ihren eutschen) Verbündeten gewandt, während sie die anzosen vernachlässigten. So kam es schließlich, ß die wenigen Kaufleute, die mit Fra reich arbeiteten, in den meisten Fällen für ich- tige Geschäfte technisch oder mor sch, gar nicht mehr vorbereitet waren. (Und da die französische Kundschaft keine Befrie ung fand, so wurde eine für gute gegenseitige Bezieh ngen höchst ungünstige Atmosphäre geschaffen.

Heute, wo wir Seite an Seite für die gl iche Sache Blut vergossen haben, ist der Augenblick gekommen, aus dieser neuen Verbrüderung Nu en zu ziehen. Immerhin ist es notwendig, zunä st die Veränderungen zu berücksichtigen, die in d letzten 25 Jahren in der wirtschaftlichen Lage de Königreichs Italien eingetreten sind. Während noch vor einem Vierteljahrhundert Frankreich ein blühender Industriestaat, Italien fast ausschließlich ein Agrikulturstaat war, sehen wir heute zwei Nationen, deren landwirtschaftliche wie industrielle Lage einander merklich ähnlich geworden sind. Das scheint die Lösung des Problems recht delikat zu machen.

Tatsächlich hat die Entwicklung der italienischen Produktion manufakturierter Artikel unaufhörlich Fortschritte gemacht; Metallurgie, Glaswaren, pharmazeutische und Lebensmittelprodukte, Gummi, Papier und Gewebe. Und die Krisis, die unserem Eingreifen in den gegenwärtigen Konflikt vorangegangen ist, hat durch die Art, wie wir sie bestanden haben, die Solidität unserer Fabrikation erwiesen. Wenn gewisse Geschäftszweige, z. B. die Baumwollindustrie, unter den Schwierigkeiten der Versorgung mit Rohstoffen gelitten haben, so haben andere die aus der Situation geborenen Hindernisse überwunden und sogar für gewissen Artikel, Papier zum Beispiel, Frankreich zu Hilfe kommen können.

Es ist aber offenbar, daß die Erzeugnisse, die mit Vorteil beiderseitig ausgetauscht werden können, sehr zahlreich sind, und daß ein gegenwärtiger guter Wille ein fruchtbares Einvernehmen sichern wird, das uns gestattet, der Zukunft mit mehr Vertrauen entgegenzusehen. Neben Modeartikeln, für die Sie ja gewissermaßen ein Monopol besitzen, können Sie uns Parfümerien, Häute, Pelze, auch Metalle usw. liefern. Wir unsererseits werden Ihnen unsere wohlbekannten Nahrungsmittel-Spezialitäten liefern, ferner technische Spezialitäten, z. B. Motore, Essenzen für Parfümerien, gewisse Rohstoffe usw.

Es wird genügen, dem maßlosen Protektionismus vor dem Kriege durch gut studierte und vernünftige Zolltarife zu ersetzen, damit die einen und die anderen gegenseitig beträchtliche Absatzgebiete finden.“

Soweit Ballerini, dessen tänzelnde Rhetorik seinem Namen alle Ehre macht. Geradezu köstlich ist eine Bemerkung, daß die wenigen italienischen Kaufleute, die vor dem Kriege mit Frankreich gearbeitet haben, in der Mehrzahl der Fälle für wichtige Geschäfte technisch oder moralisch gar nicht mehr gerüstet waren. Wenn der geschäftliche Verkehr mit Frankreich die italienischen Kaufleute vor dem Kriege ihrer technischen oder moralischen Fähigkeiten beraubt hat, wie stellt Herr Ballerini sich die Entwicklung der französisch-italienischen Handelsbeziehungen nach Friedensschluß vor? Lasciate ogni speranza . . .

Revue der Presse.

Zwecks Sanierung der russischen Finanzen ist eine durchgreifende Aenderung im fiskalischen System zu erwarten. Nach Erklärungen des russischen Finanzministers über

Rußlands Finanzlage

hat, so schreibt die Vossische Zeitung (28. Oktober) die Duma diesem Plane, der zurzeit dem Staatsrat zur Prüfung vorliegt, bereits zugestimmt. Neben der Einführung einer Steuer auf alle Textilwaren, die nach vorläufiger Berechnung 150 Mill. Rubel einbrin en wird, ist eine Monopolisierung von Tee, Zucke und Streichhölzer in Vorschlag gebracht worden. Um e ne Deckung der im Auslande aufzunehmenden Kredit zu haben, ist der Finanzminister ermächtigt worden, nach Bedarf im Ausland Schatzscheine auszugeben, die auf Pfunde, Franken und Dollars lauten. Weiterhi ist dem russischen Finanzminister aufgegeben, Kr ditoperationen im Gesamtbetrage von 5½

Milliarden Rubel abzuschließen. Ueber die innere Anleihe, die zu 6% emissioniert werden wird, sprach sich der Minister Bark sehr zuversichtlich aus. Auch seine Ansichten über den russischen Geldmarkt, der zurzeit sehr günstig stehen soll, sind reichlich schönfärberisch gehalten. So sollen nach ihm die amtlichen Ermittelungen ergeben haben, daß bei den Privatbanken 4 Milliarden Depositengelder vorhanden wären. Die Vossische Zeitung knüpft an diese überoptimistischen Ausführungen des Finanzministers die zutreffende Bemerkung, daß Rußland, nach Fehlschlagen seiner Bemühungen bei den Verbündeten zu einer inneren Anleihe gezwungen ist und nunmehr großes Gewicht darauf zu legen hat, durch möglichst günstige Schilderung der Verhältnisse am russischen Geldmarkt die Geneigtheit zur Beteiligung an der Anleihe hervorzurufen oder zu unterstützen. — Aus dem Etat des russischen Handelsministers entnimmt der Berliner Börsen-Courier (27. Okt.) folgende interessante Punkte betreffs der

Wirtschaftslage in Rußland.

Der Warenaustausch im Jahre 1914 weist infolge des Getreideausfuhrverbots sowie der Sperrung der Ostsee und des Schwarzen Meeres sehr ungünstige Zahlen auf. Während die Getreideausfuhr von August bis Dezember in den Jahren 1912 und 1913 350 000 000 und 386 000 000 Pud betrug, kamen in der gleichen Zeit im Jahre 1914 nur 21 000 000 Pud zur Ausfuhr. Die Messe von Nishni-Nowgorod, die ja für den russischen Warenumsatz immerhin noch von großer Bedeutung ist, hat durch den Krieg große Einbuße erlitten; die Warenzufuhr zur Messe war um 40% geringer als im Vorjahr. Gleiches Fazit haben die Messen von Charkow und Kiew aufzuweisen. Auf der Kiewer Kontraktmesse wurden fast ausschließlich Fischereiprodukte und Heimarbeitserzeugnisse gehandelt. Der Außenhandel an den Westgrenzen erreichte im Umsatz 866 000 000 Rubel durch Ausfuhr, 936 000 000 Rubel durch Einfuhr und verringerte sich damit im Vergleich zum Vorjahre um 39 und 23%. Auch in der ersten Hälfte des Jahres 1915 blieb die Bilanz des Außenhandels passiv. Eine Steigerung (143,4%) ist nur beim Außenhandel mit Finnland zu bemerken. Daß die Entwicklung der russischen Aktiengesellschaften durch den Krieg unterbunden worden ist, ist unnötig zu kommentieren. Der Rückgang der Gründungen in der Zeit vom 14. August 1914 bis 14. August 1915 beträgt im Vergleich zum Vorjahre etwa 18%, die Differenz im Aktiengrundkapital ist 152 880 000 Rubel. Die Streikstatistik läßt die Einwirkungen des Krieges ganz besonders erkennen. Nach der ministeriellen Veröffentlichung waren vom 1. Januar bis zum 14. August 1914 3493 Streiks mit einer Beteiligung von 1 327 897 Arbeitern ausgebrochen, vom 14. August bis Jahrsende dagegen nur 41 Streiks mit 9561 beteiligten Arbeitern. — Die Bedeutung Antwerpens als Welthafen ist niemals unterschätzt worden. Daß Stadt und Hafen nunmehr durch das Kriegsglück in deutsche Hände gekommen sind, vertieft naturgemäß das Interesse für Antwerpens Stellung im Welthandelsverkehr. Nach der Frankfurter Zeiung (3. November) hat Professor Wiedenfed in kurzen Umrissen ein Bild von der

Weltstellung Antwerpens

gezeichnet. Die Bedeutung des Hafens, dessen Betrieb dem Hamburgs und Londons nur um weniges nachsteht, kommt in der Zahl der Schiffseingänge im Jahre 1912 in Höhe von 11 693 t zum Ausdruck, und wird noch besonders dadurch veranschaulicht, daß die Verkehrssteigerung in den Jahren 1900-1912 um 100% zugenommen hat. Es wäre jedoch falsch, diesen Aufschwung des Hafens hauptsächlich dem rheinischen Schiffahrtsverkehr zuzuschreiben. Hier hat Rotterdam mit 23 Mill. t gegen Antwerpen mit 9 Mill. t entschieden den Vorsprung. Nach Ansicht des Verfassers könnte in dieser Beziehung auch der Bau eines Rhein-Scheldekanals, der den Weg vom rheinischen Hauptverkehrshafen Mannheim bis Antwerpen, der gegenüber Rotterdam 115 km länger ist, kürzen würde, nicht viel ändern. Die grundlegende Bedeutung für die Weiterentwicklung Antwerpens ist vielmehr nur im Binnenverkehr des eigenen Landes zu suchen. Es ist eine Eigentümlichkeit des Welthandelsplatzes Antwerpen, daß der Eigenhandel sich hier in besonders großem Umfange erhalten hat. Im Gegensatz zu anderen Welthandelsplätzen (Hamburg, Rotterdam), deren Hauptbedeutung im Speditionsgeschäft liegt, hat sich für Antwerpen ein besonderer Eigenhandel herausgebildet. Und zwar ist es das belgische Land selbst, dessen dichtbevölkerte Industriegebiete in Verbindung mit den hervorragenden Verkehrsorganisationen diesen Handel stützt und trägt. Ist auch die Zahl der deutschen Handelsniederlagen in Antwerpen groß, daß sie die Gesamthandelslage wesentlich beeinflußt, so ist doch die Grundlage des ganzen Antwerpener Handels im belgischen Wirtschaftsleben zu suchen. Daher darf man bei allen Kombinationen, Antwerpen aus der belgischen Besonderheit irgendwie herauszulösen, an der Erwägung nicht vorübergehen, daß Antwerpens grundlegende Bedeutung auf engster Verbindung mit belgischen Interessen beruht. — Die weitgehenden gesetzlichen Ermächtigungen der belgischen Richter bei

Einziehung deutscher Forderungen in Belgien

hat, wie das Berliner Tageblatt (22. Oktober) erfährt, bei der Handelskammer zu Berlin zu Klagen geführt. Daß die Richter in der Lage sind, bei allen Klagen Deutscher gegen belgische Schuldner Zahlungsfristen zu gewähren und Vollstreckungsmaßnahmen aufzuschieben und weitestgehenden Gebrauch von diesen ihnen zustehenden Rechten machen, daß Deutschen jedoch umgekehrt von deutschamtlicher Seite aus sehr nahe gelegt worden ist, als Schuldner ihren Verbindlichkeiten belgischen Gläubigern gegenüber zwecks Aufrechterhaltung des belgischen Wirtschaftslebens möglichst ungesäumt nachzukommen, ist vielfach als große Härte empfunden worden. Auf Anregung der Berliner Handelskammer hat im Auftrage des Generalgouverneurs der Handelskommissar für die Banken in Belgien die Beschwerden untersucht und dem Mißbrauch der Fristerteilung, die in den meisten

Fällen weit über die Gr en des in Frage stehenden Artikels 1244 code civil h usging, Einhalt geboten. So ist denn auch in einer ihe von neueren Urteilen besonders in Handelssach die Bewilligung von Fristen einfach abgelehnt w en. Es wurde von der kompetenten Stelle aus sog direkt empfohlen, in allen Handelssachen, abgese von Wechsel- und Bankguthabenforderungen, Kl zu erheben und über die Ergebnisse Bericht zu erst n. Bei mißbräuchlicher Anwendung des Art. 124 würden unverzüglich entsprechende Schritte eingeleitet rden. Es wird als zweckmäßig hingestellt, sich zuvor vecks gütlicher Erlangung der Zahlung an den ilpräsidenten des Wohnortes des Schuldners zu wen oder gegebenenfalls um Benennung eines zu empf enden Anwalts zu bitten. — Daß Amerikas offiziel Neutralität für England und die übrigen Ententema de facto von weit größerem Werte ist als es selbst kriegerisches Vorgehen an der Seite der Vierver ndsmächte je sein könnte, ist in der englischen Pre schon offen zugegeben worden. Wir kennen die Tatsa , die dieser außergewöhnlichen Schätzung einer Ne ralität zugrunde liegen. Amerikas Waffen- und unitionslieferungen, die für England und seine abanten unentbehrlich sind, würden bestenfalls stark duziert werden müssen, falls die U. S. eigenen Kriegsbedarf hätten. In der **Vossischen Ze tung** (21. Oktober) sind über

Amerikas Kriegshilfe

detaillierte Angaben enthalten. Zur Erledigung der Gesamtheit aller Kriegsaufträge im Werte on bisher 8 Milliarden *M.* konnte der Friede s-ausbau der amerikanischen Waffenindustrie ni t ausreichen. Um den erhöhten Anforderunge nachkommen zu können, wandten sich allerle friedliche Industrien dem plötzlich so lukrativ gewordenen Waffenhandwerk zu. Die Zeitschrift „The Fatherland" verrät, daß nicht nur Konservenfabriken und Diamantschleifereien, sondern auch Bierbrauereien an dem Goldsegen der Entente profitieren wollten. Der Diamantengroßhändler S. Kaplan & Co. hat umfangreiche Lieferungsverträge über Handgranaten für Frankreichs Armee vergeben. Fabrikanten von Schreibmaschinen haben als „American Ammunition Company" bedeutende Kriegsaufträge erhalten. Der Hauptgewinn an den amerikanischen Waffenlieferungen fällt jedoch an den von Schwab begründeten Munitionstrust, und zwar hier vor allen anderen an die „Bethlehem Steel Works". Welche Gewinne dieser Betrieb erzielte, auf welche Höhe der amerikanische Aktienmarkt überhaupt durch den europäischen Krieg gebracht wurde, erhellt am besten aus der vergleichenden tabellarischen Darstellung, wie sie die Vossische Zeitung gibt. Daß der Kurs der Bethlehem Steel-Aktien von 30 am 1. August 1914 auf 350 am 1. August 1915, Du Pont Powder von 120 auf 688, Electric Boat von 15 auf 470 Dollars stiegen, ist bezeichnend genug. Der Gesamtmarktwert der Aktien der dreißig hauptsächlich an den Kriegslieferungen beteiligten Firmen ist um 746 Millionen Doll. gestiegen. — Im Anschluß sei auf eine Notiz der Wiener „**Neuen freien Presse**" (4. November) verwiesen, die über einen scharfen

Sturz der Bethlehem Steel-Aktien

berichtet. Nach einem auch für amerikanische Verhältnisse ungewöhnlichen Höchstkurse von 600 $, den die Aktien der Bethlehemstahlwerke kürzlich erreichten, trat ein plötzlicher Fall an einem Tage von 515 auf 460 $ ein. Eine wahrscheinliche Einschränkung der Lieferungsaufträge wird als Grund dieses auffallenden Sturzes anzusehen sein. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Befürchtung, die man in den Vereinigten Staaten hegt, daß die Umschaltung der Kriegsbedarfsbetriebe auf den Friedensstatus allgemeinen, empfindlichen Kurssturz herbeiführen wird, teilweise schon jetzt eintrifft, und bringt namentlich auch schon den Aktiensturz der Bethlehem Steel Works damit in Zusammenhang. — Die wirtschaftlichen Verhältnisse der von uns okkupierten Gebiete Russisch-Polens haben die Errichtung einer zweckmäßig ausgebauten Zentralinstanz auf wirtschaftlichem Gebiete notwendig gemacht.

Unser Handelsverkehr mit Russisch-Polen

soll einem Bericht der **Vossischen Zeitung** (26. Oktober) zufolge, durch Errichtung einer „amtlichen Handelsstelle deutscher Handelskammern in Russisch-Polen" nach und nach in alte Bahnen gelenkt, alte Beziehungen wieder angeknüpft, neue angebahnt werden. Aus der Vorgeschichte der neuen Einrichtung erfahren wir, daß dem Errichtungsbeschluß langwierige Beratungen der am Verkehr mit Russisch-Polen meist beteiligten Handelskammern vorangingen. Die Privilegien der amtlichen Charakter tragenden Institution sind im Interesse einer schnelleren und glatteren Abwicklung der Geschäfte sehr zu begrüßen. Aufgehoben ist die zeitraubende Zensur im Brief- und Telegrammverkehr von und an die amtlichen Handelsstellen. Im Fernsprechverkehr ist durch Zurverfügungstellung der Fernsprechanschlüsse der Kreischefs große Erleichterung geschaffen. Der Warenverkehr erfolgt künftig im sofortigen Anschluß an Militärgüter und den der Lebensmittelversorgung dienenden Sendungen. Ueber die Errichtung von Agenturen in den wichtigsten Städten ist bereits mehrfach in den Tageszeitungen berichtet worden. Die Kosten der Agenturen werden nach Relativität berechnet. Die Höhe der Gewerbesteuer innerhalb eines Handelskammergebietes soll für die Berechnung maßgebend sein. So hätte z. B. Berlin nach dem heutigen Stande der beteiligten Kammern reichlich $^2/_3$ der Kosten zu tragen. Zu den Hauptaufgaben der Agenturen wird es gehören, Außenstände deutscher Firmen in Russisch-Polen einzuziehen, eine Tätigkeit, die wohl nur mit weitgehender Unterstützung des Verwaltungschefs in Warschau von Erfolg begleitet sein wird. Der Berichterstatter weist auf die Zweckmäßigkeit hin, wenn, wie schon in Erwägung gezogen worden ist, in Anlehnung an unser Darlehnskassengesetz Darlehnskassen errichtet würden, die dem beschädigten Wirtschaftsleben neue Basis zum Aufschwung zu geben vermöchten. — In die auf volkswirtschaftlichen Unterlagen beruhende Technik führt

Professor Warschauer mit einem Aufsatz über „Die Aufgaben der Technischen Nationalökonomie" im Tag (27. Oktober) ein. Ausgehend von dem Gedanken, daß die Technik in ihren geschichtlichen Werdegängen in vielen Fällen auf Bestimmungsgründe wirtschaftlicher Natur zurückzuführen ist, führt der Verfasser in vielen Beispielen einzelne Zusammenhänge an. Die Beziehungen zwischen Schiffsbau und Nationalökonomie sind besonders umfangreich und wichtig. Chemie und Hüttenkunde einerseits und Nationalökonomie andererseits sind von weittragender Bedeutung. Technik und Wirtschaft sind in vielen Fällen eng verbunden, auf gegenseitige Unterstützung und Förderung angewiesen. Die Grundlinien der Vereinigung beider Wissensgebiete sind gegeben; der Ausbau dieser neuen Wissenschaft wird im Zeitalter der Technik nicht lange auf sich warten lassen. — Daß der infolge des Krieges sehr darniederliegende deutsche Außenhandel sogleich nach Friedensschluß der tatkräftigsten Unterstützung und Förderung seitens der Regierung teilhaftig werden muß, um die ihm gebührende Stelle wieder einzunehmen, ist fraglos. In der Deutschen Export-Revue (22. Oktober) macht Dr. März sehr umfassende Vorschläge zur Regelung dieser Frage.

Ein Reichshandelsamt

ist erforderlich, um die Zersplitterung in der Arbeit der beiden Ressorts beim Auswärtigen Amt und Reichsamt des Innern künftig zu vermeiden. Die Tatsache, daß für so eminent wichtige Aufgaben, wie sie dem Handel und der Handelspolitik obliegen und in verstärktem Maße nach dem Kriege obliegen werden, nur eine Nebenstelle vorhanden ist, ist eigentlich überraschend. Es kann namentlich nicht wundern, daß das stets mit Arbeit überlastete Reichsamt des Innern den Handelsfragen das spezielle Interesse nicht entgegenbringt, das diese Materie erfordert. Der Wunsch nach einem Handelsamt als Zentralinstanz aller Handelsinteressen wäre in Anbetracht der Entwicklung des deutschen Handels und namentlich seiner Entwicklungsmöglichkeiten wohl nicht unbescheiden zu nennen. Der Verfasser hebt mit vollem Recht hervor, daß nach Friedensschluß der Wirtschaftskampf nicht etwa abflauen, sondern als Krieg im Frieden mit unverminderter Heftigkeit fortbestehen wird und daß die bei den feindlichen Mächten bestehenden Handelsministerien ihr Ziel darin sehen werden, das in diesem Punkte zersplitterte deutsche Reich zu schädigen. Die Errichtung des Reichshandelsamts würde in Deutschland keine besonderen Umwälzungen hervorrufen. Denn es wäre ja auf der Basis der beiden getrennten Ressorts lediglich eine Fortentwicklung der bisherigen Arbeit. Ist Deutschland dazu berufen, Welthandelsmacht zu werden, so muß zur Unterstützung einer solchen Macht eine Behörde vorhanden sein, die die Vertretung der Handelsinteressen als hauptamtliche Aufgabe betrachtet. — Die Erteilung einer Ausfuhrbewilligung ist, obwohl auch in Friedenszeiten eine Möglichkeit dazu besteht, zum erstenmal wohl im Kriege erfolgt. Bereits in den ersten Notstandsverordnungen der Kriegszeit waren aus notwendig-wirtschaftlichen Gründen Ausfuhrverbote erlassen worden, die für die allgemeine Lage zwar dringlich waren, in einzelnen Fällen jedoch eine Ausnahme gestatten. Nach § 2 Abs. 2 der betr. Verordnung ist der Reichskanzler ermächtigt, unter Vornahme der erforderlichen Sicherheitsmaßregeln Ausnahmen zu gestatten. Im Berliner Tageblatt (26. Oktober) wirft Rechtsanwalt Steinthal die Frage auf,

„Sind Ausfuhrbewilligungen veräußerlich?"

Die Frage läßt sich lediglich nach den Normen des Verwaltungsrechts beantworten. Die Ausfuhrverbote haben den Charakter sicherheitspolizeilicher Maßnahmen. Ein Anspruch auf Erteilung einer Ausfuhrbestimmung besteht nicht, es ist vielmehr dem freien Ermessen des Reichskanzlers unterstellt, ob er eine Ausnahme von dem Verbot gestattet. Da die Ausfuhrbewilligung kein subjektives öffentliches Recht schafft, so ist sie aus sicherheitspolizeilichen Gründen jederzeit zu widerrufen. Dadurch nun aber, daß die Ausfuhrbewilligung kein öffentliches Recht verschafft, kann weder ein Verzicht noch eine Uebertragung daraus abgeleitet werden. Daß trotzdem Veräußerungen von Ausfuhrbewilligungen gegen hohe Entschädigungen vorgekommen sind, bezweifelt Steinthal nicht. Da auf Uebertreten dieser Gebote hohe Strafe steht (u. a. § 89 Reichsstrafgesetzbuch), so ist selbst bei langwierigem, umständlichem Verfahren zu empfehlen, nur bei auf eigenen Namen lautenden Bewilligung auszuführen. — Die Lage der deutschen Aktiengesellschaften im Kriege ist durch eine tabellarische Aufstellung der

Dividendensteigerungen im Kriege

im Berliner Tageblatt (24. Okt.) sehr veranschaulicht. Völlige Dividendeneinstellungen und Verlustabschlüsse kamen zwar vor, sind aber im Verhältnis zur Gesamtzahl der Abschlüsse als sehr unwesentlich zu bezeichnen. Eine starke Reduzierung der Dividenden erfolgte natürlich in allen Betrieben, deren Umsatz durch den Krieg sehr gelitten hat. Ein günstiges, zum Teil glänzendes Bild ergeben die Unternehmungen, die Kriegsbedarf und Heereslieferungen ausfüllen. So betrug die Dividende der Lindenberg Stahlwerke und Becker Stahlwerke im abgelaufenen Geschäftsjahr 25 gegen 12 % im Vorjahre. Die Sächsische Gußstahlfabrik konnte 25% gegen 14 im Vorjahre, die Bismarckhütte 15 gegen 9, der Bochumer Gußstahlverein 14 gegen 10, Wolf-Buckau 10 gegen 0, Benz Motorenfabrik 12 gegen 0, Viktoria-Fahrradwerke 20 gegen 4 % im Vorjahre ausschütten. Unter den Textilfabriken ragen die Gladbacher Textilwerke mit 20 gegen 0, die Aachener Tuchfabrik mit 15 gegen 0, die Ravensberger Spinnerei mit 12 gegen 5 und die Gladbacher Wollindustrie mit 20 gegen 8 % im Vorjahre hervor. Die Kriegsmaterial-, Metall- und Maschinenfabriken weisen zum Teil sehr hohe Dividendensteigerungen auf, ebenso Mühlenunternehmungen und — was aus sozialen Gründen sehr bedauerlich ist — Nahrungsmittelfabriken. Unter letzteren stehen Gebr. Stollwerck als Ausnahme mit 6 % dem Vorjahre gleich. — Daß die Zwangsverwal-

tung eine wenig geeigne Maßnahme zur Befriedigung des Anspruches e Gläubigers auf Rückzahlung fälligen Kapital t, kam in einem beim Charlottenburger Hypothek Einigungsamt verhandelten Fall zum Ausdruck. S Syndikus Sembritzki bespricht diesen F in der Vossischen Zeitung (5. November) u tellt zum Schluß die Forderung auf, daß zum

Schutz der Hypoth schuldner

die Bundesratsverordnung übe Bewilligung von Zahlungsfristen dahin zu er en oder zu erneuern sei, daß die Zahlungsf von sechs Monaten gemäß § 1 der Verordnun m 20. Mai 1915 auch wiederholt bewilligt werden ne, sowie, daß die Bestimmung der Bundesratsv nung über die Einigungsämter dahin erweitert w daß diese vor der Entscheidung auch über Einstel der Zwangsvollstreckung gehört werde, wenn es um Zahlung von Hypothekenkapital handelt. In de dem Einigungsamt verhandelten Fall bemän Sembritzki vor allem die Tatsache, daß die Zw erwaltung eines Grundstückes eingeleitet worden gleich der Schuldner stets pünktlich seine Zinsen lt hatte. Er bemängelt mit Recht ein solches Vorg deshalb, weil erfahrungsgemäß die Kosten der Zw erwaltung die Erträge aus ihr bei weitem zu ragen pflegen. Der Vorwurf erscheint noch gere wenn man bedenkt, daß durch Zwangsverwalt ines Grundstückes der Eigentümer erheblich in sei irtschaftlichen Lage geschädigt wird. Die M ng der Unannehmlichkeiten einer Zwangsverwalt darin bestehen kann, daß der Schuldner unte ie dung einer Aufsichtsperson selbst zum Ver bestellt werden kann, ist hier leider nicht einget An der Tatsache gemessen, daß der Schuldner zufällig, nicht von Gesetzeswegen seine Beschwe vor das Einigungsamt brachte, läßt das Forder nach obligatem Vergleichsversuch vor dem Einigung amt bei allen Ansprüchen aus Hypothekenforderung sehr zweckmäßig scheinen. — Ueber die vielbeklagte Mißstände im Submissionswesen bringt Juliu Kaliski in der Volksstimme (30. Okt.) unter dem Titel

Submissionsringe

einige charakteristische Beispiele. So harmlos diejenigen Aktionen der Unternehmer sind, die darauf hinauslaufen, bei der Einreichung von Forderungen keine extremen Berechnungen aufzustellen, so verwerflich ist die Bildung geheimer Submissionsringe, die unter dem Schleier der Aufrechterhaltung des Wettbewerbs durch entsprechende Vereinbarungen mit den Konkurrenten jeden Höchstpreis erreichen. Eine Reichsgerichtsverhandlung hat solche Handlungsweise als ein auf Täuschung berechnetes Verhalten, das gegen die guten Sitten stoße, gebrandmarkt. Das Hanseatische Oberlandesgericht ging in einem anderen Fall von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus. Dort war in einem Submissionsring die Verabredung getroffen worden, daß der Unternehmer von dem erzielten Preis 5400 *M.* an die Fachgenossen als Entschädigung für ihr freiwilliges Zurückbleiben zahlen sollte. Der Hamburgische Staat, dem diese Taktik bekannt wurde, verweigerte die Zahlung des Restbetrages mit der Begründung, daß das Benehmen der Klägerin wider die guten Sitten verstoße. Die klägerische Firma, die die sittenwidrige Handlung zugab, die Täuschung aber bestritt, stützte sich auf die Notwendigkeit, durch Verabredungen, wie die getroffenen, den Auswüchsen des Submissionswesens entgegenzutreten. Das Landgericht sah den Schwerpunkt der ganzen Klage in der zugunsten des Unternehmers entschiedenen Frage, ob die Preise der Firma angemessene seien. In der Berufungsinstanz wurde erklärt, daß der einzige Rechtfertigungsgrund des Beklagten zu seiner Zahlungverweigerung darin liegen könne, daß er durch das Verhalten der Klägerin und durch die Vereinbarung der Ringfirmen Schaden erlitten habe. An der Unmöglichkeit, diesen Beweis zu führen, scheiterte die materiell unzweifelhaft berechtigte Weigerung des Hamburger Staates.

Umschau.

fn. Das Ende der Generalversammlung. Die Generalversammlung der Aktiengesellschaft ist durch das Handelsgesetz zum höchsten Organ der Gesellschaft bestellt. Sie entscheidet grundsätzlich durch Mehrheitsbeschlüsse. Das Gesetz hat für die Einberufung der Generalversammlung bestimmte Formen vorgeschrieben. Es hat bestimmte Gegenstände ausschliesslich der Generalversammlung zugewiesen, aber den Verlauf der Generalversammlungen selbst hat es nahezu frei von allen Formvorschriften gelassen. Die Beschränkung der Formvorschriften der Generalversammlung auf ein Minimum ist im normalen Leben der Gesellschaft ein Vorzug. Sie gestattet in höchstem Masse die innere Ordnung der Generalversammlung den vielfältigen Bedürfnissen der Praxis anzupassen. Sobald aber die Generalversammlung den Schauplatz eines Kampfes entgegengesetzter Meinungen nd Interessen bildet, wird das Fehlen strenger Formrschriften nicht selten zu einem Faktor der Unsicher-. Ein Beispiel, in welchem Masse Fragen von entidender Bedeutung im Generalversammlungsrecht dem t der Meinungen unterliegen, bot kürzlich die Generalmmlung des Aktien-Bauvereins „Unter den n“. In dieser Generalversammlung wurde, wie zur Prüfung der Geschäftsführung der früheren p gegenwärtigen Verwaltung nach einer heftigen Naen Debatte eine Revisionskommission eingesetzt. wa dieser Beschluss einstimmig gefasst worden statte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, der führss den Vorsitz in der Generalversammlung TageVersammlung für geschlossen. Da die einber, zu deren Erledigung die Generalversammlung Teil d, keineswegs erledigt war, protestierte ein der Versenden Aktionäre gegen diese Schliessung der Anwg durch den Vorsitzenden. Die Mehrheit versamml beschloss eine Fortsetzung der Generalzwar Juste wählte einen neuen Vorsitzenden, und ner, der als Anwalt der Verwaltung

zugegen war. In diesem zweiten Teil der Generalversammlung wurden sodann die von der Verwaltung zurückgezogenen, von einem Aktionär aber wieder aufgenommenen Sanierungsvorschläge abgelehnt und die auf Antrag eines Aktionärs auf der Tagesordnung stehenden Aufsichtsratswahlen im Sinne der Mehrheit vorgenommen. Gegen diese Beschlüsse wurde Protest zu Protokoll erklärt und es wurde die Ansicht vertreten, dass die Versammlung von dem Augenblick an, in dem der Vorsitzende sie geschlossen hatte, keine rechtsgültige Generalversammlung mehr gewesen sei. Will man auf Grund dieses Falles grundsätzlich die Frage beantworten, wann die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft rechtsgültig ihr Ende erreicht, so findet man zunächst, dass es positive Vorschriften hierüber im Handelsgesetz nicht gibt. Die Entscheidung kann also nur auf Grund der Organisationsidee gefällt werden, die der Generalversammlung der Aktiengesellschaft im Handelsgesetzbuch zugrunde liegt. Das Handelsgesetzbuch geht in seinen Bestimmungen von der Voraussetzung aus, dass die Generalversammlung in der Regel einen Vorsitzenden hat. Es bestimmt in einzelnen Fällen von Rechts wegen den Vorsitzenden, so bei der Generalversammlung zur Errichtung einer Gesellschaft den Registerrichter. In der Regel wird der Vorsitzende im Statut der Gesellschaft bestimmt. In dem von uns angeführten Fall des „Unter den Linden-Bauvereins" war der statutenmässige Vorsitzende der Generalversammlung der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Gesellschaft. Die Frage ist nun, ob dieser Vorsitzende das Recht hat, die Generalversammlung zu schliessen. Nach all den spärlichen Bestimmungen, in denen das Gesetz von dem Vorsitzenden der Generalversammlung spricht, unterliegt es keinem Zweifel, dass es dem Vorsitzenden lediglich die Leitung und ordnungsmässige Abwicklung der Geschäfte der Generalversammlung zuweisen will, dass es ihm hingegen keinerlei besondere Befugnisse in bezug auf die Beschlüsse der Generalversammlung einräumen will. Wollte man nun dem Vorsitzenden das Recht zusprechen, die Generalversammlung zu schliessen, oder zu vertagen, so würde man ihm die Möglichkeit geben, bestimmte seinen Interessen vielleicht zuwiderlaufende Beschlüsse der Generalversammlung unmöglich zu machen. Die Vertagung oder Schliessung einer Generalversammlung vor Erledigung ihrer Tagesordnung ist eine Handlung der Versammlung selbst, die rechtsgültig nur durch einen Mehrheitsbeschluss zustande kommen kann. Der Vorsitzende ist der Leiter, aber nicht der Vertreter der Versammlung. Eine durch den Vorsitzenden gegen den Willen der Versammlung selbst ausgesprochene Schliessung bedeutet deshalb rechtlich nicht das Ende der Generalversammlung, sondern nur die Niederlegung seines Amtes durch den Vorsitzenden. Die Generalversammlung kann wenn der Vorsitzende sein Amt niederlegt, durch Mehrheitsbeschluss einen anderen Vorsitzenden wählen und ihre Verhandlungen bis zur Erledigung der Tagesordnung fortführen. In der handelsrechtlichen Literatur wird die Frage der Machtgrenzen des Generalversammlungsvorsitzenden nur wenig behandelt. Soweit es jedoch geschieht, wird von fast allen Autoren dem Vorsitzenden das Recht zur Schliessung der Generalversammlung vor Erledigung der Tagesordnung abgesprochen. So sagt z. B. Hugo Horrwitz in seinem Buch „Das Recht der Generalversammlung" (Berlin 1913, Verlag von Franz Vahlen S. 160) bei Besprechung des Rechtes auf Vertagung: „keinesfalls kann ausser der Generalversammlung noch dem Vorstande oder Aufsichtsrate ein Recht auf Vertagung der Generalversammlung eingeräumt werden. Denn damit würde die Bestimmung über sich selber der Generalversammlung teilweise entzogen, ja ihr untergeordneten Organen übertragen werden." Was hier von der Vertagung und dem Aufsichtsrate gesagt wird, ist analog ohne weiteres auf den Vorsitzenden und die Schliessung der Generalversammlung, die ja noch eingreifender ist, anzuwenden. An anderer Stelle (S. 22) führt Horrwitz aus, dass der Vorsitzende keinesfalls einen Antrag der Generalversammlung vorenthalten oder die Abstimmung über ihn verhindern darf. „Sonst würde der Vorsitzende in das Beschlussrecht der Generalversammlung eingreifen, welche ausschliesslich über das Schicksal aller eingegangenen Anträge zu entscheiden hat." In Staubs Kommentar zum Handelsgesetzbuch (9. Auflage) heisst es in der Anmerkung 12 zum § 256: „Dem Vorsitzenden steht nicht die Befugnis zu, die Verhandlung eigenmächtig zu vertagen oder zu schliessen." Wenn nach all diesen Ausführungen dem Vorsitzenden ein Recht zur eigenmächtigen Schliessung der Generalversammlung nicht zusteht, so kann eine von ihm abgegebene Erklärung, dass die Versammlung geschlossen ist, auch nicht rechtswirksam sein und die Versammlung kann unter Wahl eines anderen Vorsitzenden fortgesetzt werden. Einen anderen Standpunkt vertritt Rudolf Adolf Wenck: „Die Einberufung der Generalversammlung" (Marburg 1914), indem er auf Seite 336 ausführt: „Schliesst der Vorsitzende die Versammlung ohne Recht, so ist dies meines Erachtens dennoch bindend. Die Anwesenden können nicht einfach die Versammlung fortsetzen . . . sie können diese ebensowenig, wie der Vorsitzende allein eine Fortsetzung verfügen könnte. Sind doch sämtliche materiellen Rechte hinsichtlich der Tagesordnung mit der Versammlungseröffnung auf die Versammlungsmehrheit übergegangen. Die Schliessung durch den Vorsitzenden gilt vielmehr so lange als rechtmässig, bis ihre Rechtswidrigkeit durch Urteile festgestellt ist. Seine positive Verfügung kann die Minderheit nicht aufheben. Sie kann auch nicht durch Erklärung zu Protokoll eine Abstimmung zu erzwingen suchen." Wenck schwebt bei dieser Argumentation nur der Fall eines Widerspruchs der Minderheit gegen die Schliessung durch den Vorsitzenden vor. Für den Fall der Schliessung gegen den Willen der Mehrheit der Versammlung führt er keinen stichhaltigen Grund an, vielmehr spricht die Auffassung, dass sämtliche materiellen Rechte hinsichtlich der Tagesordnung mit der Versammlungseröffnung auf die Mehrheit übergegangen sind, nur für unsere Auffassung, dass eine willkürliche Schliessung der Generalversammlung durch den Vorsitzenden nicht bindend ist. In der Praxis kann eine Komplikation für die Fortsetzung der Generalversammlung insbesondere dann eintreten, wenn ein durch den Vorsitzenden zur Protokollführung bestellter Notar seinen Auftrag mit der Schliessung der Generalversammlung durch den Vorsitzenden für erloschen halten würde. Der Notar, der nicht von dem Vorsitzenden, sondern von der Ge-

sellschaft beauftragt ist, hat ₍eres Erachtens die Pflicht, auch nach einer Schlusserkl₍ng des Vorsitzenden die Beschlüsse der fortgesetzten V₍ammlung weiter zu protokollieren, wie es übrigens au₍n der Generalversammlung des Aktienbauvereins Unte₍n Linden geschehen ist.

Petersburger Kaffeehausbör₍ Chevalier schreibt: „Im Erdgeschoss des Gebäudes der Sibirischen Hand₍ank am Newski in Petersburg befindet sich das Café ₍drejew. Die Herren und die Damen, die dort verkehre₍ gehören keinesfalls der Hofgesellschaft an. Vor einige₍ ₍it entschloss sich die sonst sehr tolerante Verwaltung ₍ Sibirischen Handelsbank, die Börsenbesucher, die in₍ ₍en Geschäftsräumen „im freien Verkehr" zusammenka₍ zu bitten, das Niveau ihrer Börsentätigkeit noch etwas ₍iger zu halten und es vom ersten Stock in das Erdg₍oss zu Herrn Andrejew zu verlegen. Die exmittierten ₍chäftsfreunde drohten zwar zuerst, die Aktien der Sibi₍en Handelsbank zu boykottieren und den „freien ₍enverkehr" einzustellen. Nachdem sie aber einen ₍ lang das Trottoir des Newski mit ihrer anmutigen G₍wart verziert und durch allzu heftige Gestikulationen ₍en Gorodowois Zweifel an ihrer politischen Zuverläss₍ erregt hatten, meinten sie, es sei vernünftiger, bei An₍w eine Tasse Kaffee zu fixen, als ihre frisch gebügelt₍rsenzylinder auf dem Trottoir des Newski Wind ₍egen auszusetzen. Wenn Herr Jobberowski fünf Aktie₍low zu 50 abgibt, so kann er von der Kotierungskon₍ion verlangen, dass der Abschluss im Kurszettel ₍rt wird. Zu Zeiten, als es in Petersburg noch eine ₍ zielle Börse gab, wurde von dieser gefährlichen Be₍ tigung nicht selten Gebrauch gemacht. Es geschah, ₍ Papiere, die vielleicht seit Wochen ohne Notiz blieb₍ plötzlich in einen Abschluss geschleudert wurden, ₍ ihrem tatsächlichen Börsen- und Handelswert in keine₍ Weise entsprach. Aber Herrn Jobberowski war ja nur darum zu tun, die bestürzte Provinzkundschaft zum Angebot in dem angegriffenem Papier zu veranlassen. Tage vorher hatte er deshalb seinen Geschäftsfreunden in Moskau — denn auch Moskau rechnet börsenmässig zur Provinz — die erforderlichen Kaufordres zugehen lassen, um die Ware zu Schleuderpreisen in möglichst grossen Partien aufnehmen zu können. Und macht ihm das Telephon oder die wachsame Zentrale der an dem angegriffenen Papier interessierten Grossbank keinen Strich durch die Rechnung, so gelangt er mit 250 Rubel Anlagekapital in leichten Besitz von Tausenden. Das ist, wie gesagt, Geschäftspraxis im offiziellen Börsenverkehr. Man kann sich hiernach ein Bild machen, welchen Anspruch auf Zuverlässigkeit der Kursbericht hat, der jetzt Tag um Tag aus den Räumen des Café Andrejew, wo Herren und Damen dem „freien Verkehr" obliegen, in die weite Welt hinausfliegt. Dabei drucken ihn nicht etwa nur einige jener sogenannten Börsenblätter ab, deren „Vertreter" sich wöchentlich bei den Petersburger Bankdirektionen 25 Rubel abholen, sondern sämtliche grosse Tageszeitungen. Mehr noch: der Telegraph trägt sie in die Provinz hinaus, schickt sie über die Grenze nach Stockholm und Kopenhagen, von wo aus sie den Residenzen Europas und Amerikas übergeben werden. Man muss sich nun nicht etwa der Vorstellung hingeben, dass dort in den traulichen Räumen bei Andrejew sich ein paar Jobber, die für den Tagesverdienst arbeiten, mit ein paar Bönhasen dritten Ranges zusammenfinden. Was sich heute im Café Andrejew abspielt, genau dasselbe konnte man vor Jahren, schon allabendlich und allnächtlich im Skating Ring am Marsfeld mit Staunen betrachten. Und das Börsenpublikum, das sich damals dort und heute hier zum Börsenbetrieb traf, setzt sich grossenteils aus Persönlichkeiten zusammen, die Anspruch erheben, zur Petersburger Hochfinanz gerechnet zu werden."

rm. Kapitalisierung der Kriegsbeschädigtenrente. Unter den vielen Vorschlägen in Tageszeitungen und Fachzeitschriften über angemessene Versorgung der Kriegsbeschädigten hebt sich durch Originalität und Wert der einer Kapitalisierung der Rente hervor. Dem Kriegsbeschädigten soll ermöglicht werden, anstatt der fortlaufenden Rente eine einmalige Kapitalsabfindung zu erhalten. Der Urheber dieses Gedankens geht von der zutreffenden Ansicht aus, dass es Fälle geben wird, in denen einem Beschädigten mit der einmaligen Hergabe eines kleinen Kapitals weit mehr geholfen wird, als mit der Bewilligung fortlaufender Rente. Es mag Fälle geben, in denen ein Kriegsbeschädigter sich danach sehnt, ein kleines Kapital in Händen zu bekommen, um eine bescheidene Existenz damit zu gründen. Er ist vielleicht befähigt und vorsichtig genug, um vernünftig damit wirtschaften zu können. Mit einer Rente vermag er nichts anzufangen, als notdürftig sein Leben damit zu fristen; zum Erwerb einer wenn auch noch so bescheidenen Existenz wird die in Kapital umgesetzte Rente wohl in den meisten Fällen ausreichen. Die Möglichkeit, in einem solchen Falle ein Kapital zur Verfügung zu stellen, könnte viel Gutes wirken. In ebenso hohem Masse könnten sich jedoch umgekehrt Elend und Verzweiflung da einstellen wo es bei Versuchen zur Existenzgründung geblieben ist, Versuche, die aber das dafür hingegebene Kapital aufgezehrt haben. Man könnte sich wohl kaum einen ₍nglücklicheren Menschen vorstellen, der, im Kriege ₍eschädigt, vielleicht zum Invaliden geworden, das ₍pfangene Kapital verloren hat und nun ohne Existenzmittel dasteht. An diesen beiden Beispielen kann man die grosse Schwierigkeit des Problems zur Genüge erkennen. Die Zweckmässigkeit einer Alternative zwischen Rente und Kapitalsabfindung kann keinesfalls geleugnet werden. Es wird sogar möglich sein, bei vorsichtiger Auswahl der Persönlichkeiten gute Erfolge zu erzielen. Einem Landmann zur Belassung einer eigenen Heimstätte ein Kapital statt Rente zu überlassen, wird in Anbetracht der vorhandenen Sachkenntnis gute Erfolge verheissen. Bedenklicher schon wäre es, für einen Städter zur Eröffnung eines beliebigen Geschäftes die Rente in Kapital umzutauschen. Es dürfte jedenfalls eine generelle Alternative, ob Rente, ob Kapital, ganz ausgeschlossen werden. Eine Uebertragung der Bestimmungen, wie wir sie bei dem Mannschaftsversorgungsgesetz finden, nach dem einem Kapitulanten alternativ der Versorgungsschein oder -rente oder eine einmalige Kapitalabfindung gewährt werden kann, ist gänzlich absurd; denn die hier in den meisten Fällen bestehende volle Erwerbsfähigkeit steht zu dem Arbeitsvermögen der Kriegsbeschädigten in keinem Verhältnis. Das Problem der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist so ernst, dass jeder Vor-

schlag einer parteilosen Begutachtung unterzogen zu werden verdient. Der Gedanke einer beschränkten Alternative zwischen Rentenbezug und Kapitalgewährung ist durchaus keine Utopie; er müsste jedoch, bevor er zur Realisierung gelangen könnte, in allen seinen Konsequenzen reiflich erwogen werden.

Gedanken über den Geldmarkt.

Noch ist der offene Markt durch den zentralisierenden Zug beherrscht, den die Kriegsanleihezahlung in den Fluss der Gelder gebracht hat. Die freien Mittel werden zum grösseren Teil noch weiter für diesen Zweck aufgesogen und ihre Verwendungsmöglichkeit nach dieser Richtung gibt dem Zinsfuss für die sonstigen Anlagegelegenheiten vorläufig das Gepräge, aber es sind doch Anzeichen vorhanden, dass der Markt bereits wieder an Selbständigkeit gewinnt, und man darf annehmen, dass er sich in verhältnismässig kurzer Zeit von den Einwirkungen der Emission ziemlich frei gemacht haben wird.

Im Tagesgeldverkehr ist freilich noch wenig hiervon zu merken, denn das Angebot auf diesem Gebiete bleibt gering, und soweit Abschlüsse stattfinden, muss zirka $4^1/_2$ % angelegt werden. Anders aber im Diskont- und Schatzwechselverkehr. Hier ist Wechselmaterial von Durchschnittsqualität mit zirka 4 % schlank unterzubringen und für erstklassiges Material sogar auch beträchtlich niedriger Begehr. Besonders bezeichnend aber für die Rückkehr des Anlagebedürfnisses auf diesem Gebiet ist die Tatsache, dass sich für kommunale Solawechsel und ähnliches Papier wieder regeres Interesse zeigt. Die Städte, welche die am Quartalswechsel abgelaufenen Bankendarlehen damals nicht erneuern konnten und sich grösstenteils an die Darlehenskassen wenden mussten, werden auf diese Weise wieder mehr und mehr imstande sein, die bei dem Staatsinstitut entliehenen Summen auf billigerem Wege bei der privaten Bankwelt zu beschaffen und hiermit eine Entlastung der Darlehenskasse herbeiführen, deren Aussenstände am Ultimo Oktober den Betrag von 2 Milliarden leicht überschritten hatten. Auch gewisse Saisonansprüche, welche die Darlehenskasse zur Zeit stärker belasten, werden vermutlich im Laufe der nächsten Monate eine allmähliche natürliche Verringerung erfahren.

Eine sensationelle Bewegung hat wieder der Devisenmarkt hinter sich. Die meisten Valuten haben neue Rekordkurse, wobei die Märkte eine immer unregelmässigere Gestaltung angenommen haben. Diese Verschärfung ist teilweise ein Reflex der neuerlichen „Dollarnot“ in den Ententeländern, die, wie auch frühere Erfahrungen bewiesen haben, hier immer in der Richtung eines verstärkten Devisenbedarfs wirkt. Hierzu kommt ein gesteigertes Bedürfnis an fremden Zahlungsmitteln für verschiedene Nahrungsprodukte, deren Bezug neuerdings wieder in stärkerem Umfang möglich geworden war. Eine grössere Rolle spielen auch Anschaffungen, die für Rechnung der Donaumonarchie von hier an das neutrale Ausland zu machen sind. Die von uns neulich erwähnte Beteiligung des deutschen Kapitals an den dritten österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen hat inzwischen ziemlich breiten Umfang angenommen, man wird nicht fehlgehen, wenn man sie bereits auf einige hundert Millionen Kronen schätzt. Die hierdurch entstandenen Guthaben werden aber von den verbündeten Nachbarn zum erheblichen Teil zur Tilgung von Zahlungsverpflichtungen in Holland und Skandinavien benutzt, für die unser Devisenmarkt aufzukommen hat. Aus diesem Zusammenhang erklärt es sich auch, dass der österreichisch-ungarische Kronenkurs hier trotz der starken deutschen Zeichnungsbeteiligung nur relativ wenig angezogen hat.

Die zukünftige Freigabe der Donautransporte hat in der Gestaltung der Balkanwechselkurse vorerst noch keinen starken Ausdruck gefunden; es mag das zum Teil damit zusammenhängen, dass die rumänische Regierung in der Aufhebung der Exportschwierigkeiten nur sehr zögernd vorgeht und besonders die hauptsächlichen Konzessionen vermissen lässt, die für stärkere Ankäufe der Mittelmächte Voraussetzung wären. Im Sortenverkehr sinkt die Rubelnote nun bei uns endlich auch mehr und mehr auf das Niveau herab, das der russischen Valuta auf dem Weltmarkte bereits längere Zeit zugewiesen ist. Es scheint, als ob die Reichsmark in den okkupierten russischen Gebieten, besonders in Polen, viel schneller Eingang findet, als man vorher erwarten mochte, und man wird guttun, diesen Vorgang weniger mit der Vorliebe für die Marknote als mit dem wachsenden Misstrauen gegen die russische Papierwirtschaft in Zusammenhang zu bringen.

Tatsächlich schreitet der Verfall der russischen Währungsverhältnisse jetzt rapide vorwärts. Der Notenumlauf der Staatsbank hat fünf Milliarden Rubel überschritten und ist daher nur noch mit knapp 32 % durch den in der Bank befindlichen Goldbestand gedeckt. Nur dieser kommt für unsere Betrachtung in Frage, da das im Ausland ausgewiesene Gold unter den heutigen Verhältnissen der Verfügung der Staatsbank absolut entzogen ist. Mit der weiteren Deckung ist dieser riesige Notenumlauf aber zum grössten Teil auf die von der Bank diskontierten kurzfristigen Schatzanweisungen des Reiches angewiesen, von denen im letzten Ausweis mehr als 3,1 Milliarden figurieren. Schliesslich sind auch andere papierne Geldzeichen, die nicht der Kontrolle der Staatsbank unterstehen, während des Krieges im Zarenreiche stark vermehrt worden, und nach ist neuerdings sogar dazu übergegangen, an Stelle kleiner Scheidemünzen Papierscheine auszugeben. Die Verhältnisse steuern also stark auf eine Währungskrisis zu, die umso rascher kommen muss, je mehr die Krisis der Staatsfinanzen fortschreitet. Hier braucht Russland eine starke volkstümliche Inlandsanleihe, welche eine Verminderung der schwebenden Schuld gestatten würde, und das thesaurierte Bargeld in die Staatskassen leiten könnte. Auf der andern Seite braucht es eine umfassende reichliche Auslandsanleihe, um der weiteren Entwertung seiner Valuta zu steuern. Das letztere sollte die Reise Barks zu den Verbündeten erreichen. Was er in London erlangt hat, ist bis jetzt nicht recht bekannt geworden. Aus den widersprechenden Pressemeldungen lässt sich nur das Eine erkennen, dass er nur geringe Hilfe gefunden hat, die er anscheinend mit demütigenden Bedingungen erkaufen musste. Die grosse Emission aber, die im Innern nottut, ist jetzt in Vorbereitung, und man muss abwarten, ob das russische Publikum, das unter soviel

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf sei n Kalender vor:

Mittwoch, 10. November	*Reichsbankau* — *G.-V.:* Steaua Romana, Masc bauanstalt Humboldt, Maschinenfa u. Mühlenbau-Anstalt Luther, H. chs Waggonfabrik, Schrauben-M u. Nietenfabrik Danzig-Schelln Schwelmer Eisenwerk Müller & Braunkohlenwerk Leonhard, Pöge ktrizitäts-Akt.-Ges.
Donnerstag, 11. November	Ironage-Bericht. — *kausweise London, Paris.* — *G.-V.:* n-Industrie Akt.-Ges. Menden & erte, Maschinenfabrik Baum.
Freitag, 12. November	
Sonnabend, 13. November	Bankausweis New Yor *G.-V.:* Rheinisch-Westfälische für Grundbesitz, Sondermann Akt.-Ges., Nähmaschinenfabrik A ch.
Montag, 15. November	*G.-V.:* Danziger Aktien rei, Augsburger Buntweberei, rer, Nähfadenfabrik vorm. Juli irer, Favorit-Record Akt.-Ges. luss des Bezugsrechts Gasapparat- sswerk-Akt.-Ges. Mainz.
Dienstag, 16. November	*G.-V.:* Hochseefischerei haven, Maschinenfabrik Kappel.
Mittwoch, 17. November	Busstag.
Donnerstag, 18. November	*Reichsbankausweis.* — *Bankaus on-don, Paris.* — Ironage-Be — *G.-V.:* H. Brüninghaus Sn. A s., Lolat-Eisenbeton Akt.-Ges.
Freitag, 19. November	*G.-V.:* Gelsenkirchener Gusstahl- u. Eisenwerke vorm. Munscheid & Co., J. E. Reinecker Akt.-Ges.
Sonnabend, 20. November	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Waren-Kommissionsbank Hamburg, Akt.-Ges. f. Licht- u. Kraftversorgung Dresden, Stahlwerk Brüninghaus, Pressspanfabrik Untersachsenfeld, Maschinenfabrik Klein, Schanzlin & Becker, Ver. Harzer Portlandcement- u. Kalkindustrie.
Montag, 22. November	*G.-V.:* Chemische Werke Byk, Carl Bödiker & Co. — Schluss des Bezugsrechts Aktien-Munitionsmaterial und Metallwerke Hindrichs-Auffermann.
Dienstag, 23. November	*G.-V.:* Berliner Elektrizitätswerke, Elberfelder Papierfabrik, Carlshütte Akt.-Ges. f. Eisengiesserei, Adler-Kaliwerke, Portland Cementfabrik Germania, Bau-Ges. Kaiser Wilhelmstr. i. L., Archimedes Akt.-Ges. f. Stahl- u. Eisenindustrie.

Ausserdem zu achten auf:
Abschlüsse und Geschäftsberichte der Brauereien.

Verlosungen:
10. November: 2% Freiburger Staatsbank 100 Fr. (1895), 4% Pariser 500 Fr. (1876). 14. November: 2½% Griechische Nationalbank Präm.-Anl. 1912, 5% Russische Reichs-Adels-Agrarbank, Präm.-Pfandbr. (1889). 15. November: 2% Brüsseler 100 Fr. (1905), 3% Crédit foncier Egyptien Obl. (1886, 1903, 1911), Freiburger 15 Fr. (1902), Holländische 15 Gld. (1904), 2% Lütticher 100 Fr. (1905), Oesterreichische allg. Bodencredit-Anst. 3% 100 Gld.-Präm.-Pfandb. I (1880), Panama-Kanal 400 Fr. Ungarische 100 Gld. (1870), 4% Ungarische Hypothekenbank Präm.-Obl. (1884). 22. November: 3% Crédit foncier de France Comm.-Obl. (1912). 25. November: 2½% Pariser II. Metr.-Eisenb.-Anl. (1904).

[1] Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Mark Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interess- darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tag den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestim lass

glücklicheren politischen und militärischen Umständen den früheren Perioden des Krieges die Taschen ver schlossen hielt, heute bereitwilliger zeichnen wird.

Derselbe Zweifel ist auch in Frankreich und England berechtigt, wo gleiche Emissionen bevorstehen. Zwar sind hier die nationalen Energien stärker, aber es fragt sich doch, ob die Stimmung der Völker nicht schon zu resigniert ist, um die Energie und Freudigkeit für eine starke Beteiligung des nationalen Kapitals aufzubringen. Vorläufig versucht der englische Finanzminister, den Zeitpunkt der Emission noch hinauszuschieben, um auf e günstigere militärische und politische Konstellation stossen, und hat zu diesem Zwecke die Sätze für kurz- ige Schatzwechsel, die dem Markte angeboten werden, erheblich, für einjährige Sichten sogar auf das des Banksatzes erhöht.

Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Fortschritte der Reichsversicherungsordnung. Von Dr. Alfred Erler. Volkswirtschaftliche und wirtschaftsgeschichtliche Abhandlungen. Herausgegeben von Wilhelm Stieda, o. ö. Professor der Nationalökonomie in Leipzig. III. Folge, Heft 10. Leipzig 1914. Verlag von Veit & Comp. Preis 5 *M.*

Einleitung. — Fortschritte der Reichsversicherungsordnung. — Die Vereinheitlichung der deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung durch die RVO. — Fortschritte der RVO. in der Krankenversicherung. — Fortschritte der RVO. in der Invalidenversicherung und die neugeschaffene Hinterbliebenenversicherung. — Fortschritte der RVO. in der Unfallversicherung. — Schluss. — Rentenberechnung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Bismarck. Von Martin Spahn. M.-Gladbach 1915. Volksvereins-Verlag. Preis geh. 3 *M.*

Vorwort. — Jugendjahre. — In der Schule des öffentlichen Lebens und der auswärtigen Politik. — Die Lösung der deutschen Frage. — An der Schwelle einer neuen Zeit. — Zeittafel zu Bismarcks Leben. — Literatur-Nachweis. — Namenverzeichnis.

Das Auslandskapital während des Krieges. Von A. Sartorius, Freiherr von Waltershausen. 15. Heft der finanzwirtschaftlichen Zeitfragen. Herausgegeben von Reichsrat Professor Dr. Georg von Schanz in Würzburg und Geh. Regierungsrat Professor Dr. Julius Wolf in Berlin. Stuttgart 1915. Verlag von Ferdinand Enke. Preis geh. 2,— ℳ.

Die verschiedene Bedeutung des Auslandskapitals in Friedens- und Kriegszeiten. — Die Kapitalmacht der Vereinigten Staaten und der europäische Krieg. — Die prinzipielle Beurteilung der auswärtigen Kapitalsanlage vom Standpunkt der Erfahrungen des Weltkrieges.

Wirtschaftsstatistische Monatsberichte. Herausgegeben von Richard Calwer. Berlin 1915, Pragerstr. 30. Bezugspreis 15 ℳ pränumerando für das Vierteljahr.

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. 39. Jahrgang. Herausgegeben von Gustav Schmoller. München und Leipzig 1915. Verlag von Duncker & Humblot.

Drittes Heft: Der Weltkrieg und die deutsche Sozialdemokratie. Von Gustav Schmoller. — Zur Erneuerung der deutschen Zivilrechtspflege. Von Rudolf Bovensiepen. — Demokratie und Grossbetrieb. Von Th. O. Cassau. — Der Steinkohlenbergbau links vom Niederrhein. Von Bruno Simmersbach. — Steigerung der Arbeitsintensität bei Industriearbeitern. Ein Beitrag von Heinrich Stromeyer. — Volkswirtschaftliche Probleme im landwirtschaftlichen Kreditwesen. Von Hermann Mauer. — Die Kriegsfinanzen der europäischen Grossmächte. Von Oswald Schneider. — Nochmals zur Frage der Zollunion. Von Moritz Dub. — Die Entwicklung der Lebenskosten und ihre Einwirkung auf Gehalt und andere feste Bezüge. Von A. Zeiler. — Volkswirtschaftliche Werte der Qualitätsindustrie. Von Heinrich Pudor.

Zeitschrift für Handelswirtschaftliche Forschung. Herausgegeben von E. Schmalenbach, Professor der Handelstechnik an der Handelshochschule Cöln. Leipzig 1915. Verlag von G. A. Gloeckner. Preis für das Halbjahr 6,— ℳ. Der 10. Jahrgang erscheint in sechs Doppelheften.

Heft 1/2: Das Bankakzept. Von Werner Aprath, D. H. H. C. — Die monatliche Selbstkostenabrechnung in einem Steinkohlenbergwerk. Von W. Brandenburge[r] — Muster eines Bohrvertrages.

Zeitschrift für Handelswissenschaft und Hande[ls]praxis. Mit dem Beiblatt Der Kaufmann und [das] Leben. Herausgegeben von Dr. H. Rehm, ord. [Prof.] an der Universität Strassburg, Dr. H. Nicklisch, [ang.] an der Handelshochschule Mannheim, Dr. Georg [Obst], Privatdozent an der Universität Breslau, k. k. [Regie]rungsrat Prof. A. Schmid, Vizedirektor des k. k. [Han]delsmuseums, Leiter der Exportakademie, a. [o. Prof.] an der k. k. Konsular-Akademie. Herausgeber [des] Beiblattes: Dr. Arthur Schröter, Prof. an der [Han]delshochschule Mannheim. Leipzig 1915. Verlag [von] Carl Ernst Poeschel. Bezugspreis einschliesslic[h] [B]eiblatt vierteljährlich 3,50 ℳ.

Kriegskredit-Aktiengesellschaften und K[r]eiskredit-Genossenschaften. Von Friedrich Grünhol[z], Nünschweiler. — Der Buchwertverlauf von Wirtschaft[s-(B]etriebs-) Anlagen. Von G. Paschke, Zoppot. — [...]ttsysteme im Detailhandel (Schluss). Von Joh. Kem[...]ns, Metz. — Das Ergebnis des Krieges für Englands[ch]iffahrt und Schiffbau. Von Hermann Steinert, Köni[gsber]g i. Pr. — Sind Drucksachen unter Verschluss pos[t]gspflichtige Briefe? Vom Königl. Postassessor Dr. ju[r.] Hellmuth, Speyer. — Zur Behandlung der allgeme[inen] Unkosten in der Warenkalkulation. Von C. A. Th[...]schert, Berlin. — Antwerpen, seine Vergangenheit, seine [...]liche Zukunft.

Von Prof. Dr. Oppel, [Bremen]. — Deutschland und England im fernen Osten. [Von] Th. Kreutzkam, Wilmersdorf b. Berlin. — Gefah[ren] des Stenotypistenberufes. Von A. Raacke, Nordhaus[en] H.

Sozialistische Mo[nat]shefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Berlin . Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Bez[ugsp]reis 1,— ℳ für das Doppelheft.

Heft 19/20: [...] Kampffmeyer, Gemeinsame Arbeit zum Aufbau [d]es neuen Deutschlands. — Max Schippel, Die [...]e Englands nach den belgischen Gesandtschaftsberic[hten]. — Dr. Wilhelm Hausenstein, Die Front des Fe[in]des. — Dr. Ludwig Quessel, Der Krieg als Kapitals[fra]ge. — Dr. Hugo Heinemann, Die Entlastung der [Ger]ichte, eine Kriegserrungenschaft der deutschen Rechts[pfle]ge. — Walt Whitmann, Ein Gesang von der rollend[en] Erde. — Emil Kloth, Die Gewerkschaften als V[er]treter der Arbeiterklasse im heutigen Staat. — Dr. [Ro]bert Kühnert, Probleme des höheren Schulwesens, [ein] soziologischer Ueberblick. — Dr. Edgar Istel, Bizet [und] seine Carmen.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Begründet [vo]n Bruno Hildebrandt, Fortgesetzt von Johannes [C]onrad, Herausgegeben von Dr. Ludwig Elster, [W]irkl. Geh. Ober-Regierungsrat in Berlin. In Verbi[ndu]ng mit Edgar Loening, Prof. in Halle a. S., Dr. H. [W]aentig, Prof. in Halle a S. 105. Band — III. Fo[lge] 50. Band — Drittes Heft September 1915. Nebst [Vo]lkswirtschaftlicher Chronik Juli 1915. — Jena 1915. Verlag von Gustav Fischer. Preis des Bandes (sech[s] Hefte) 24,— ℳ, eines einzelnen Heftes 5,— ℳ.

A[. H]esse, Das deutsche Volksvermögen. — Johannes Müll[er], Die durch den Krieg hervorgerufenen Gesetze, Vero[rdn]ungen, Bekanntmachungen usw., soweit sie im Reic[hsg]esetzblatt veröffentlicht worden sind (Fortsetzung). — [Joh]annes Müller, Die wirtschaftliche Gesetzgebung Oe[ster]reichs im Jahre 1914. — Friedrich Syrup, Die Fü[rso]rge für kriegsverletzte gewerbliche Arbeiter. — S[c]hlow, Die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert i[n d]er neuen Fassung des Kommunalabgabengesetzes. — [Han]s Guradze, Die Brotpreise in Berlin in der ersten [Hä]lfte des zweiten Kriegsjahres 1915. — Arthur Nussbaum, Ueber den Schutz der Hypothekenschuldner.

[D]ie Bank. Monatsschrift für Finanz- und Bankwesen. Herausgeber Alfred Lansburgh. Berlin 1915. Bank-Verlag. Preis des Einzelheftes 1,50 ℳ, im Vierteljahr 4,— ℳ.

Heft 9: Die grossen Notenbanken im Dienste der Kriegführenden Staaten. IV. Von Alfred Lansburgh. — Pflichtenkonflikte im Aktienwesen. Von Ludwig Eschwege. — Die Mobilmachung des deutschen Besitzes in ausländischen Wertpapieren. Von A. L. — Das Hypothekenbankgesetz in seiner geschichtlichen Entwickelung und seinen wichtigsten Grundbestimmungen (Schluss). Von Geh. Regierungsrat Dr. Seidel.

Emil Rathenau. Der Mann und sein Werk. Von Arthur Fürst. Berlin-Charlottenburg 1915. Verlag: Vita, Deutsches Verlagshaus. Preis geh. 3,50 ℳ geb. 4,50 ℳ

Mitteleuropa. Von Friedrich Naumann, Mitglied des Reichstages. Berlin 1915. Druck und Verlag von Georg Reimer. Preis geh. 3,— ℳ geb. 3,50 ℳ.

Der gemeinsame Krieg und seine Folgen. — Zur Vorgeschichte Mitteleuropas. — Konfessionen und Nationalitäten. — Das mitteleuropäische Wirtschaftsvolk. — Gemeinsame Kriegswirtschaftsprobleme. — In der Weltwirtschaft. — Zollfragen. — Verfassungsfragen. — Statistisches und Historisches. — Literatur.

Ludolf Camphausen. Von Dr. Mathieu Schwann. (Veröffentlichungen des Archivs für Westfälische Wirtschaftsgeschichte Band III—V.) Essen-Ruhr 1915. Verlag von G. D. Baedeker. Preis der drei Bände in Ganzleinen geb. 24,— ℳ.

Band I. Wirtschaftspolitiker: Die wirtschaftliche Lage der Stadt Cöln um 1815. Camphausens erste Jahre in der neuen Heimat. — Camphausens Eintritt in die Kölner

Handelskammer. — Die ...senbahn vom Rhein zur Schelde. — Austritt aus der Handelskammer. Erste Berührung mit dem Problem ...r Dampfschleppschiffahrt. Eisenbahnwesen-Eisenbahngesetzgebung. — Präsident der Handelskammer. Börsen- und ...aklerpolizei. — Handelsverträge mit Holland und Bel...n. — Die Anfä...ge der Schutzzollbewegung. — Die ...lnische Dampfschleppschiffahrt. Rheinseeschiffahrt. ... Friedrich List und Richard Cobden. Schutzzoll und ...reihandel. Beteiligung Camphausens an der Debatte. Der preussische Zolltarif und seine Wandlungen. De... ...ollverein. Handelsamt und Finanzministerium. R...nne und Kühne. Differentialzölle. Duckwitz. C...phausen auf dem Provinziallandtag 1843. Seine ... Denkschrift über Schutzzoll und Freihandel. Mevissen ...44 — Differentialzölle. Camphausen gegen Roen... Zur Beförderung der Schiffahrt. Kühnes Schrift übe... Tarifierung der Garne. Camphausens Kritik. Kü...: Der deutsche Zollverein. Camphausen und v. Be...rath. Roenne in den Rheinlanden. Camphausen ... Schreiben an Kühne. Die Hamburger Denkschri... Zweiter Zusammenstoss mit Beckerath. Die ...che Wechselordnung. — Rückblick auf die Entwick... des Bankwesens in Theorie und Praxis. Das R...chreiben der Regierung vom Jahre 1829. Die Kö...ner ...hten. Gutachten Hansemanns. Die Königliche ... Hansemann und die Bankiers. Camphause... ...inanzplan. Sein Entwurf einer Mobiliarkreditanstalt ...39. Die Reform der Königlichen Bank 1846. C...hausens Kritik und Kontroverse mit dem Bruder ... Schluss. — Zur Eisenbahn von Köln nach Antwerpen. ...ersuch eines Beitrages zur Eisenbahngesetzgebung. — ... Vorstellung des Eisenbahnkomitees vom 23. Mai 1... ...n die Regierung. — Aus den Protokollen des Admi...tionsrates. — Denkschrift Camphausens vom 2... ...gust 1835. — Weitere Schriften zum Eisenbahnwe... Bestimmung der Richtungslinien. — Tarif. — ... Erwerbung des Grundeigentums. — Post und Ei...n.

Band II. Denkschriften. Wirtschaftspolitis... beiten und Briefe. Zur Hafenanlage der Stadt Cöln... Kommission der Handelskammer. — Zum Handelsv... mit Belgien. — Zum Verkehr mit Holland. — Schiff... abgaben und Zölle. — Freihafen. — Reform des Börsen- und Maklerwesens. — Geld- und Bankwesen. — Handelskammern und Gewerbeverein. — Verschiedenes. — Freihandel und Schutzzoll. — Ueber Prämien und Differentialzölle. — Aktienwesen. — Rheinsee- und Dampfschleppschiffahrt. — Zur Eisenbahn: Verschiedenes. — Aus der Korrespondenz. — Geschäftsbriefe.

Band III. Mitglied und Vorsitzender der Kölner Handelskammer: Monatsberichte für verschiedene Monate der Jahre 1834, 1835, 1837. 1839, 1840, 1841, 1842, 1843, 1844, 1845, 1846, 1847. — Jahresberichte für die Jahre 1834—1846 Berichtigungen zu Band I—III.

Die Bundesratsverordnungen über Brot, Mehl, Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Fleisch, Zucker, Futter- und Düngemittel. Eine Zusammenstellung für Behörden, Landwirte, Müller, Bäcker und Händler. Herausgegeben vom Reichsamt des Innern. Dritte, berichtigte Auflage. Berlin 1915. Verlag von Ernst Siegfried Mittler & Sohn. Preis 0,60 *M.*

Archiv für Frauenarbeit. Im Auftrage des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte E. V. Herausgegeben von Dr. Silbermann, Berlin 1915. Verlag des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte. Bezugspreis für das Jahr 8,— *M*, für das Einzelheft 2,50 *M.* Vierteljährlich 1 Heft.

Heft 3. Dr. Silbermann. Die Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit. — Krieg und Arbeit. — Allgemeine Zustandsschilderungen. — Aus den Berufsorganisationen. — Arbeiterschutz. — Wahlrecht zu sozialen Organen. —

Das Reichsgesetz zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen vom 8. Juni 1915. Ausführlich und gemeinverständlich dargestellt und erläutert von Paul Reinhard, Senatspräsident am K. S. Oberlandesgericht zu Dresden. Leipzig 1915. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung Theodor Weicher. Preis 1,— *M.*

Bisheriges Recht. — Gesetzgeberische Erwägungen und Massnahmen. — Zwangsversteigerung. — Zwangsverwaltung. — Konkurs. — Uebergangsbestimmungen. — Sachregister. —

General...ammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gi... ...Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den ...er Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die G... ...ersammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Actienbrauerei Augsburg, Augsburg, 19. 11., 16. 11., 27. 10. • Actienbrauerei Saarlouis, Saarlouis, 20. 11., 19. 11., 1. 11. • Actien-Brauerei Pforten b. Gera, Gera/Reuss, 16. 11., 8. 11., 25. 10. • A.-G. Brauverein zu Gera, Gera, 24. 11., —, 30. 10. • A.-G. für Centralheizungen i. L., Berlin, 15. 11., 11. 11., 21. 10. • A.-G. für Licht- u. Kraftversorgung, Dresden, 20. 11., 16. 11., 22. 10. • A.-G. „Katholisches Vereinshaus", Freiburg im Breisgau, 17. 11., —, 30. 10. • Actien-Stärkefabrik Wittingen, Wittingen, 15. 11., —, 22. 10. • Adler-Kaliwerke A.-G., Cöln, 23. 11., 20. 11., 29. 10. • Amperwerke Elektrizitäts-A.-G., München, 19. 11., 16. 11., 20. 10. • Anhalter Tapeten-Fabrik Ernst Schütz A.-G., Dessau, 23. 11., 20. 11., 30. 10. • Apenrader Actien-Brauerei-Gesellschaft, Apenrade, 20. 11., 11. 11., 29. 10. • „Archimedes" A.-G. für Stahl- u. Eisenindustrie, Berlin, 23. 11., 19. 11., 29. 10. • Augsburger Buntweberei vorm. L. A. Riedinger, Augsburg, 15. 11., 11. 11., 22. 10.

Badische Maschinenfabrik u. Eisengiesserei vorm. G. Sebold & Sebold & Neff, Durlach, 27. 11., 23. 11., 23. 10. • Baroper Walzwerk A.-G. Barop i. W., Dortmund, 25. 11., 23. 11., 27. 10. • Baugesellschaft Kaiser-Wilhelmstr. i. L., Berlin, 23. 11., ... 11., 29. 10. • Baumwoll-A.-G., Berlin, 23. 11., ... 4. 11. • Bayrische Bierbrauerei Lichtenfels, ...htenfels, 15. 11., —, 15. 10. • Bayrische Im...ilien-Gesellschaft, München, 25. 11., 22. 11., ...10. • Bayrisches Brauhaus Pforzheim A.-G., ...heim, 17. 11., 12. 11., 18. 10. • Bayerische ...brauereien Landstuhl u. Metz A.-G., Metz, ..., —, 25. 10. • Belgarder Dampfbierbrauerei ...vorm. Noeske & Kittelmann, Darkow, Bel... Persante, 15. 11., —, 29. 10. • Bergschloss-b... u. Malzfabrik C. L. Wilh. Brandt A.-G., Grünbe... 11., 20. 11., 4. 11. • Bergschlösschen Actien-Bi...erei, Braunsberg Ostpr., 11. 11., 9. 11., 23. ... Berliner Elektricitätswerke, Berlin, 23. 11., 17. ...10. • Betonbau A.-G. Nautenberg & ...rlin, 19. 11., 16. 11., 27. 10. • Bitterfelde...n-Bierbrauerei vorm. A. Brömme, Bitterfeld, ... —, 2. 11. • Blatzheimer Bierbrauerei A.-G. ... Gebr. Breuer, Blatzheim, Cöln, 24. 11., 20. 11 ...10. • Carl Bödiker & Co. Kommanditgese... auf Aktien, Hamburg, 22. 11., 18. 11., 2. 11. ...h. Böhme A.-G., Chemnitz, 20. 11., 17. 11. ...10. • Brauereigesellschaft vorm. Meyer & ... Riegel i. Baden, 25. 11., —, 2. 11. • Braue... ...ckbold A.-G., Königsberg i. Pr., 16. 11., ... 15. 10. • Brauerei zum Berg-

schlösschen, Meiningen, 22. 11., 16. 11., 28. 10. ● Brauerei „Zur Eiche" vorm. Schwensen & Fehrs, Kiel, 19. 11., 15. 11., 26. 10. ● Brauerei Essen A.-G. i. Essen a. d. Ruhr, Frankfurt a. M., 15. 11., 11. 11., 8. 10. ● Bremer Carrosserie-Werke vorm. Louis Gaertner A.-G., Bremen, 15. 11., 12. 11., 18. 10. ● Bremer Holzindustrie A.-G., Bremen, 11. 11., 8. 11., 22. 10. ● H. Brüninghaus Söhne A.-G., Barmen, 18. 11., 15. 11., 27. 10. ● Bürgerbräu Ludwigshafen a. Rh., Ludwigshafen a. Rh., 16. 11., 13. 11., 27. 10.

„Carlshütte" A.-G. für Eisengiesserei u. Maschinenbau in Altwasser i. Schl., Breslau, 23. 11., 19. 11., 29. 10. ● „Casino" Bremen, Bremen, 18. 11., —, 25. 10. ● Charlottenburger Hypothekenbankverein, Charlottenburg, 16. 11., —, 30. 10. ● Chemische Werke vorm. Dr. Heinrich Byk, Berlin, 22. 11., 19. 11., 29. 10. ● Chemnitzer Papierfabrik zu Einsiedel, Chemnitz, 18. 11., 15. 11., 30. 10. ● Corpshausgesellschaft Bavaria, Karlsruhe, 20. 11., —, 30. 10.

Danziger Actien-Brauerei, Danzig - Langfuhr, 15. 11., 12. 11., 20. 10. ● Deutsche Gesellschaft für Bergbau und Industrie im Auslande i. L., Berlin, 12. 11., 4. 11., 26. 10. ● Deutscher Adler in Magdeburg V. a. G. Vereinigte Versicherungskassen des deutschen Privat-Beamten-Vereins, 13. 11, 5. 11., 4. 11. ● R. Dolberg Maschinen- u. Feldbahn-Fabrik A.-G., Rostock i. M., Hamburg, Berlin, Hamburg, 20. 11., 16. 11., 1. 11. ● Druckerei vorm. Dusch A.-G., Strassburg i. E., 18. 11., 16. 11., 28. 10.

Eisengiesserei u. Schlossfabrik A.-G. Velbert, Velbert, 24. 11., 20. 11., 28. 10. ● Elberfelder Papierfabrik A.-G., Elberfeld, 23. 11., 19. 11., 25. 10. ● Elektrische Licht- u. Kraftanlagen A.-G., Berlin, 25. 11., 21. 11., 1. 11. ● Eupener Bierbrauerei A.-G. in Eupen, Cöln, 23. 11., 17. 11., 22. 10.

Favorite-Record A.-G., Berlin, 15. 11., 11. 11., 22. 10.

Gaswerk Diepholz A.-G., Diepholz, 15. 11., 11. 11.: 25. 10. ● Gelsenkirchener Gussstahl- u. Eisenwerke vorm. Munscheid & Co., Gelsenkirchen, Essen-Ruhr, 19. 11., 14. 11., 18. 10. ● Germanenhaus in Göttingen e. G. m. b. H., Göttingen, 12. 11., —, 22. 10. ● Gipsfabrik Crailsheim vorm. E. & O. Völker A.-G., Kochel, 23. 11., —, 3. 11.

W. Hagelberg A.-G., Berlin, 23. 11., 20. 11., 30. 10. ● Hamburger Immobilien-A.-G., Hamburg, 16. 11., 10. 11., 29. 10. ● Hannoversche Maschinenbau-A.-G., Linden, 24. 11., 20. 11., 4. 11. ● Fr. Hensel & Haenert A.-G., Halle a. S., 13. 11., 10. 11., 22. 10. ● Hildesheimer Actien-Brauerei, Hildesheim, 20. 11., 18. 11., 29. 10. ● Hochseefischerei „Bremerhaven" A.-G., Bremerhaven, 16. 11., 13. 11., 25. 10. ● Julius Hunger, Wirkwarenfabrik A.-G. in Taura b. Burgstädt (Sachsen), Chemnitz, 18. 11., 12. 11., 22. 10.

Insterburger Actien-Spinnerei, Königsberg i. Pr., 23. 11., 19. 11., 18. 10.

Kaliwerke „Adolfs Glück" A.-G., Cöln, [illegible] 11., 18. 11., 29. 10. ● Katholisches Vereinshaus A.-G., Bochum, 18. 11., —, 1. 11. ● C. L. Kemp[illegible] Co. A.-G., Oppach, Bautzen, 15. 11., 11. 11., [illegible] 10. ● Kleinbahn A.-G. Marienwerder, Danzig, [illegible] 4. 11., —, 27. 10. ● Königswusterhausen-Mittenwalde-Töpchiner Kleinbahngesellschaft, Berlin, 20. [illegible] 16. 11., 26. 10. ● Kraftwerk Altwürttemberg A.-G., Stuttgart, 13. 11., 9. 11., 23. 10. ● Kriegs[illegible]editbank für das Herzogtum S.-Meiningen A.-G., Meiningen, 20. 11., —, 22. 10. ● Kunstanstalt B[illegible]osz A.-G., Leipzig, 22. 11., 18. 11., 3. 11. ● G[illegible]v Kuntze, Wassergas-Schweisswerk A.-G. Worms, Düsseldorf, 22. 11., 18. 11., 1. 11. ● Kyffhäuser-K[illegible]bahn-A.-G., Sangerhausen, 15. 11., —, 23. 10.

Landkraftwerke Leipzig A.-G. in [illegible]kwitz, Leipzig, 15. 11., 11. 11., 20. 10. ● Julius [illegible]nges Leinen-

Industrie A.-G. in Walterdorf b. Zittau i. Sa., 25. 11., —, 18. 10. ● Lolat Eisbeton-A.-G. i. L., Düsseldorf, 18. 11., 14. 11., 2[illegible] 10. ● Lüneburger Kronenbrauerei A.-G., Lüneburg, 20. 11., 17. 11., 30. 10.

Malzfabrik Egeleben A.-G., Magdeburg, 24. 11., 21. 11., 26. [illegible] ● Malzfabrik Niedersedlitz A.-G. in Niedersedlitz, Dresden, 20. 11., 16. 11., 27. 10. ● Maschinenfabrik Kappel, Chemnitz, 16. 11., 12. 11., 2[illegible] 10. ● Maschinen- u. Armaturfabrik vorm. Klein, Schanzlin & Becker, Frankenthal (Pfalz), 20. 11., 19. 11., 30. 10. ● Medicinisches Warenhaus A.-G., Berlin NW., 20. 11., 17. 11., 27. 10. ● Val. Mehler, Segeltuchweberei A.-G., Fulda, 12. 11., 8. 11., 22. 10. ● Memeler Actien-Brauerei, Korn- u. Likörfabriken, Memel, 20. 11., 17. 11., 2. 11. ● Arthur Müller, Land- u. Industriebauten A.-G., Berlin-Johannisthal, 20. 11., 17. 11., 29. 10.

Nähfadenfabrik vormals Julius Schürer, Augsburg, 15. 11., 12. 11., 27. 10. ● Niederrheinische Flachsspinnerei in Dülken, Cöln, 20. 11., 10. 11., 27. 10.

Obercasseler Bier-Brauerei A.-G. vorm. Huberd Dreesen, Obercassel b. Bonn, 23. 11., 20. 11., 23. 10. ● Oberrheinische Weininteressenten-A.-G. in Rosheim i. E., Strassburg i. E., 20. 11., 21. 11., 4. 11. ● Oldenburgische Eisenhüttengesellschaft zu Augustfehn, Bremen, 25. 11., 22. 11., 2. 11.

Papierfabrik Möckmühl, Heilbronn a. N., 20. 11., —, 25. 10. ● Plantor A.-G. für Platten-Sprechmaschinen, Charlottenburg, 13. 11., 9. 11., 23. 10. ● Portland-Cementfabrik „Germania" A.-G. zu Hannover, Berlin, 23. 11., 18. 11., 29. 10. ● Porzellanfabrik Schirnding A.-G., Schirnding, 22. 11., 17. [illegible], 22. 10. ● Pressspanfabrik Untersachsenland A.-G. vorm. M. Hellinger, Schwarzenberg i. S., 20. 11., 18. 11., 28. 10.

J. E. Reinecker A.-G., Chemnitz, 19. 11., 15. 11., 2[illegible] 10. ● Rheinische Glashütten-A.-G. Cöln-Ehrenfeld, Cöln, 15. 11., 7. 11., 15. 10. ● Rheinisch-Westfälische Bank für Grundbesitz A.-G., Essen-Ruhr, [illegible] 11., 9. 11., 22. 10. ● Fried. Rückforth Ww. A.-G., Stettin, 20. 11., 16. 11., 20. 10.

Siegener Maschinenbau-A.-G. vorm. A. & H. Oechelhäuser, Siegen, 15. 11., 12. 11., 22. 10. ● Sonneberger Ziegelei Rottmar A.-G., Sonneberg, 18. 11., —, 28. 10. ● Sundiger Eisenhütte, Maschinenbau-A.-G. Sundwig Kreis Iserlohn, Hagen i. W., 18. 11., —, 8. 10.

Schnellpressenfabrik A.-G. Heidelberg, Heidelberg, 23. 11., 20. 11., 28. 10.

Stadthalle Königsberg i. Pr., Königsberg i. Pr., 19. 11., 15. 11., 11. 10. ● Stahlwerke Brüninghaus A.-G., Werdohl i. W., 20. 11., 16. 11., 15. 10. ● A. Stolz A.-G., Stuttgart, 18. 11., —, 30. 10.

Treu-Bank A.-G. i. L., Eisenach, 24. 11., —, 21. 10.

Uelzener Bierbrauerei A.-G., Uelzen, 23. 11., 22. 11., 3. 11. ● Ulmer Zeitung A.-G., Ulm a. D., 14. 11., —, 28. 10. ● Unionbrauerei A.-G., Karlsruhe, 20. 11., 17. 11., 25. 10.

Vereinigte Harzer Portlandcement- u. Kalkindustrie, Hannover, 20. 11., 17. 11., 30. 10. ● Victoria-Werke A.-G., Nürnberg, 24. 11., 20. 11., 22. 10. ● Viersener Actien-Brauerei A.-G., Viersen, 6. 12., 31. 11., 25. 10.

Waaren-Commissions-Bank, Hamburg, 20. 11., —, 30. 10. ● August Wegelin A.-G. für Russfabrikation u. chemische Industrie, Cöln, 24. 11., 19. 11., 29. 10. ● A. Wernicke, Maschinenbau-A.-G. i. L., Halle a. S., 18. 11., 15. 11., 28. 10. ● Westfälische Bauindustrie A.-G., Haspe i. W., 16. 11., 12. 11., 27. 10.

Zuckerraffinerie Magdeburg A.-G., Magdeburg, 22. 11., 20. 11., 1. 11.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: M. Rönner in Berlin-Schöneberg.

Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede, Kneuttingen (Lothr.)

Bilanz am 30. Juni 1915.

[6234]

AKTIVA.

	Stand am 1. Juli 1914 M.	Pf	Zugang 1914/15 M.	Pf	Abschreibung 1914/15 M.	Pf	Stand am 30. Juni 1915 M.	Pf	M.	Pf
Erzbergwerke:										
Bergwerkseigentum	5 775 724	[illegible]	11 601	39	156 031	19	5 631 294	47		
Beteiligung bei Grube Murville	6 880 000	—			500 000	—	6 380 000	—		
Beteiligung bei Grube Reichsland	1 500 000	—			300 000	—	1 200 000	—	13 211 294	47
Kohlenbergwerke:										
Gewerkschaften Victor und Ickern	28 000 000	—					28 000 000	—		
Gewerkschaft General	2 000 000	—					2 000 000	—	30 000 000	—
Hüttenwerke:										
Grundstücke	3 037 537	62	[illegible] 8 175	58	30 375	38	3 045 337	82		
Hochofenwerk	10 008 649	65	[illegible] 740	46	759 713	04	9 383 677	07		
Stahl- und Walzwerk	17 469 495	13	[illegible] 927	20	1 684 643	15	16 635 779	18		
Gasmaschinen und elektrische Zentrale	3 458 469	34	[illegible] 1	24	461 918	17	3 112 622	41		
Gießerei	449 509	94	[illegible]		44 950	99	404 558	95		
Bahnanschluß, Geleise und rollendes Material	1 088 625	59	40 [illegible]	85	108 862	56	1 020 300	88	33 602 276	31
Verschiedenes:										
Drahtseilbahnen	2 197 144	54			269 714	46	1 927 430	08		
Beamten- u. Arbeiterhäuser	6 193 129	14	240 [illegible]		185 793	87	6 247 622	57		
Fuhrwerk	—	80					—	80		
Mobilien	—	80					—	80	8 175 054	25
Neubau-Konto	473 925	67	[illegible]						774 621	50
Neuanlag. Fentscher Hütte mit Grube Havingen	4 451 693	51	14 831	[illegible]	320 673	46			4 145 851	45
Wertpapiere und Beteiligungen					[illegible] 00 000	—			10 337 839	21
Rohmaterialien u. Fabrikate							3 472 725	33		
Magazinmaterialien							958 945	82	4 431 671	15
Kassa- u. Wechselbestand									140 409	70
Debitoren									26 148 513	10
Bürgschaften							9 062 600	—		
Kautionen d. Verwaltungsrates u. der Kommissäre							280 000	—		
			1 447 172	42	5 [illegible]	27			130 967 531	14

PASSIVA.

	M.	Pf	M.	Pf
Aktienkapital:				
145 000 Aktien je Frs. 500.— = Frs. 72 500 000.—			58 000 000	—
Gesetzlicher Reservefonds			15 413 744	56
Obligationen:				
4 % Obligationen von 1899	2 443 600	—		
4 % „ „ 1900	[illegible] 086 800	—		
4½ % „ „ 1901	450 000	—		
4½ % „ „ 1909	[illegible] 739 200	—		
5 % „ „ 1914	[illegible] 00 000	—	33 719 600	—
Sonderrücklage zur Verfügung der Verwaltung	[illegible] 0 000	—		
Erneuerungsfonds	[illegible] 7 265	28		
Rückstellung für Wehrbeitrag	[illegible] 000	—		
Schienen-Garantiefonds	[illegible] 000	—		
Beamten-Versorgungs- und Arbeiter-Unterstützungs-Fonds	[illegible] 52	09	3 427 917	37
Beamten-Versorgungskasse	[illegible] 7	89		
Arbeiter-Versorgungskasse	[illegible]	06	442 084	95
Ausgeloste Obligationen	[illegible]	—		
Rückständige Obligationen-Zinsscheine	[illegible]	50		
Obligationen-Zinsen-Rechnung	4 [illegible]	[illegible]		
Rückständige Dividendenscheine	[illegible]		1 615 445	01
Arbeiterlöhne			233 456	83
Kreditoren:				
Darlehen auf festen Termin	7 700 [illegible]			
Spareinlagen von Beamten und Arbeitern	837 [illegible]			
Sonstige Kreditoren	6 395 [illegible]		[illegible] 4 932 452	95
Hypothekar-Schulden			969 446	57
Bürgschaften	9 062 60[illegible]			
Kautionen des Verwaltungsrates und der Kommissäre	280 00[illegible]			
Reingewinn			[illegible] 13 382	90
			[illegible] 7 531	14

(Fortsetzung siehe Seite II.)

Gewinn- und Verlust-Konto 1914/15.

	M.	Pf		M.	Pf
Generalunkosten	866 241	51	Vortrag aus 1913/14	1 214 128	
Obligationen-Zinsen	1 576 026	82	Betriebsüberschüsse	8 040 04[illegible]	
Abschreibungen	5 022 676	27	Zinsen	265 36[illegible]	
Reingewinn	2 213 382	90	Miete und Pacht	158 7[illegible]5	
	9 678 327	50	HABEN	9 678 3[illegible]	50

Eschweiler Bergwerks-Verein.

Bilanz am 30. Juni 1915.

	Aktiva.	Bestand am 1. Juli 1914 M.	Pf	Zugang M.	Pf	Abgang M.	Pf	Abschreibungen M.	Pf	Bestand am 30. Juni 1915 M.	Pf
1.	Kohlengruben, Konzessionen und Anlagen	36 160 031	34	730 6[illegible]	67	4 963	—	1 280 362	44	35 604 852	57
2.	Kohlenwäschen, Kokereien und Kohlendestillationen	7 215 455	01	522 [illegible]9	33	520	—	561 601	20	7 175 823	14
3.	Brikettfabriken	158 701	65	2[illegible]06	53	—	—	7 935	18	177 873	—
4.	Gasmotoren-Zentrale	1 861 375	96		—	19 888	—	111 818	96	1 729 669	—
5.	Waldungen und Ländereien	2 824 325	12	[illegible]926	61	25 692	52	—	—	2 822 559	21
6.	Wohn- und Verwaltungsgebäude	6 221 948	73	[illegible] 030	82	3 539	36	128 658	19	6 147 782	—
7.	Abteil. Eschweiler-Köln-Eisenwerke einschl. Concordiahütte	8 479 037	11	3 862	05	4 267	—	487 126	71	8 201 505	45
		62 920 874	92	[illegible]75 562	01	58 869	88	2 577 502	68	61 860 064	37
8.	Effekten									1 739 197	50
9.	Beteiligung bei anderen Gesellschaften									253 350	—
10.	Aval-Konto							239 000	—		
11.	Kautionen									328 320	68
12.	Kasse und Wechselbestand									181 848	57
13.	Debitoren, darunter Bankguthaben M. 1 611 687.33									10 267 632	60
14.	Vorräte an Kohlen, Koks, Roheisen, Materialien, Halbfabrikaten und [illegible]brikaten									6 726 869	67
										81 357 283	39

	Passiva.	M.	Pf	M.	Pf	M.	Pf
15.	Aktien-Kapital					38 000 000	—
16.	Reversefonds					11 417 434	43
17.	Erneuerungsfonds					800 000	—
18.	Verpflicht.-Scheine					10 417 000	—
19.	Tilgungs-Konto					22 000	—
20.	Arbeit.-Unterstütz.-u. Beamt.-Pens.-Kasse					2 084 367	27
21.	Zinsschein-Konto					252 780	—
22.	Dividenden-Konto					72 780	—
23.	Aval-Konto			239 000	—		
24.	Kautionen					328 320	68
25.	Lohn-Konto					605 788	94
26.	Kreditoren					13 126 542	46
27.	Ant. a. d. Interess.-Gem.	6 807 772	29				
	ab f. Abschreibung.	2 577 502	68			4 230 269	6
						81 357 283	

Gewinn- und Verlust-Konto am 30. Juni 1915.

	Soll.			M.	Pf
1.	[illegible]schreibungen			2 577 502	68
2.	[illegible]eberweisung an den [illegible] Arbeiter-Unterstützungs- und Beamten-Pensionsfonds	M.	60 000.—		
	Belohnung für Beamte	„	27 753.03		
	Vertragsmässige Gewinnanteile	„	103 333.33		
[illegible]	Dividende 10%	„	3 800 000.—		
[illegible]6.	Tantieme für Aufsichtsrat	„	239 183.25	4 230 269	61
				6 807 772	29
	Haben.			M.	Pf
7.	Anteil an der Interessengemeinschaft			6 807 772	29
				6 807 772	29

Die **Dividende** pro 1914/15 ist auf **10**% oder M. **30.**— für die Aktie zu 100 Taler (= 300 M.) und M. **120.**— für die Aktie zu 1200 M. festgesetzt worden; dieselbe kann **vom 2. Novem**[illegible] **d. J. ab** gegen Aushändigung des Kupons Nr. 44 unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses bei **unserer Generalkasse hi**[illegible]**elbst** oder bei folgenden Bankhäusern erhoben werden: **Sal. Oppenheim jr. & Cie.** in **Cöln**, **Deichmann & Cie.** [illegible]**öln**, **A. Levy** in **Cöln**, **A. Schaaffhausenscher Bankverein** in **Cöln** und **Bonn**, **Direction der Disconto-Gesellschaft** in **Berli**[illegible] **Frankfurt a. M.**, **Bremen**, **Essen (Ruhr)** und **Saarbrücken**, **Deutsche Effekten- u. Wechselbank** in **Frankfurt a. M.**, **Dresd**[illegible] **Bank** in **Frankfurt a. M.**, **Rheinisch-Westfälische Diskonto-Gesellschaft A.-G.** in **Aachen**, **Eschweiler Bank** in **Eschweiler**, [illegible]**ernationale Bank** in **Luxemburg**.

In den Aufsichtsrat wurden gewählt die [illegible]erren: **Léon Metz**, Industrieller, Esch a. d. Alzette, **René Müller**, Industrieller, Düdelingen, Freiherr **S. Alfred von** [illegible]**enheim**, Cöln, Kommerzienrat **Arthur Pastor**, Aachen, Freiherr **Dr. Hans von Steffens**, Arlaching, und an Stelle des sei[illegible]mt niederlegenden Herrn **Alb. Helmann** wurde Herr **Dr. Herm. Fischer**, Cöln, wiedergewählt.

Mit[illegible]der des Aufsichtsrates:

Bergwerks- und Hüttenbesitzer **Julius Frank**, [illegible] Adolfshütte bei Dillenburg, Vorsitzender . gew[illegible] bis 1916
Geh. Kommerz.-Rat Dr. h. c. **Louis Hagen**, in Firma A. Levy, Cöln, stellvertretender Vorsitzender . „ 1916
Dr. **Herm. Fischer**, Cöln . . . . . „ 1916
Dr. jur. **E. Mosler**, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, Berlin . . . . . „ 1916
Robert Suermondt, Aachen . . . . . „ 1916
Generalmajor z. D. **Oscar Bartholomäus**, Bonn . „ 1917
Norbert le Gallais, Industrieller, Luxemburg . „ 1917
Hauptmann a. D. **Karl von Hinckeldey**, Naum[illegible]burg a. d. S. . . . . . . [illegible]ch „ 1918

Justizrat **Wilhelm Oslender**, Aachen . . . . gewählt bis 1918
Paul vom Rath, Cöln . . . . „ „ 1919
Kommerzienrat **Hermann Schröder**, Nievernerhütte bei Ems . . . . „ „ 1919
Geh. Justizrat **Carl Springsfeld**, Aachen . . „ „ 1919
Freiherr **S. Alfred von Oppenheim**, in Firma Sal. Oppenheim jr. & Cie. in Cöln . . . „ „ 1920
Freiherr **Dr. Hans von Steffens**, Arlaching bei Seebruck am Chiemsee . . . . „ „ 1920
Kommerzienrat **Artur Pastor**, Aachen . . . „ „ 1920
Léon Metz, Industrieller, Esch a. d. Alzette . . „ „ 1920
René Müller, Industrieller, Düdelingen . . . „ „ 1920

Kohlscheid, den 28. Oktober 19[illegible]

Der Vorstand.

Schornstein. **Losch.**

[6233]

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Bochum.

Bilanz am 30. Juni 1915.

Aktiva.	30. Juni 1914 M.	Pf.	Zugänge M.	Pf.	Abgänge M.	Pf.	Abschreibung. M.	Pf.	30. Juni 1915 M.	Pf.	M.	Pf.
I. Kohlenzechen.												
Grubenfelder	12 100 000	—	—	—	—	—	461 000	—	11 639 000	—		
Grubenbaue	22 440 000	—	—	—	—	—	674 000	—	21 766 000	—		
Grundstücke	8 900 000	—	138 329		141	—	271 188	53	8 767 000	—		
Gebäude	2 600 000	—	44 622		—	—	80 622	60	2 564 000	—		
Masch., Kessel und Pumpen, elektr. Anl. u. Seilbahnen	19 200 000	—	297 690	16	—	—	1 949 690	16	17 548 000	—		
Kohlen-Separationen, Wäschen u Brikettfabr.	6 800 000	—	222 010	69	—		703 010	69	6 319 000	—		
Eisenbahnen und Wege	750 000	—	16 892	36		—	38 892	36	728 000	—		
Inventarien	1 900 000	—	10 000	—		—	980 000	—	930 000	—		
Kokereien und Nebenprod.-Anlagen	9 000 000	—	1 161 578	18	—	—	1 016 578	18	9 145 000	—		
Wasserleit.	20 000	—	—	—	—	—	10 000	—	10 000	—		
Ziegeleien	205 248	01	—	—	—	—	30 793	49	174 454	52		
Beamten- und Arbeiter-Wohnhäuser	14 700 000	—	1 457 223	99	—		484 223	99	15 673 000	—		
Mobilien	1	—	—	—	—		—	—	1	—		
Brikettwerk ‚Dahlhausen'	4 413	72	—	—	—		—	—	4 413	72		
Beteil.-Ziff.-K. Hasenwinkel	600 000	—	—	—	—	—	300 000	—	300 000	—		
	99 219 662	73	3 348 347	51	141	—	[illegible]00 000	—	95 567 869	24	95 567 869	24
II. Differdinger Hüttenwerke.												
Erzgruben-felder	2 017 732	79	377 903	33	—	—	[illegible]714	01	2 195 922	11		
Erzgrubenbau	50 000	—	—	—	—	—	1[illegible]99	—	1	—		
Drahtseilbahn	520 000	—	—	—	—	—	[illegible]00	—	420 000	—		
Kalksteinbr.	1	—	—	—	—	—		—	1	—		
Grundstücke	1 900 000	—	4 620	—	—	—	5[illegible]	—	1 850 000	—		
Hochöfen	8 605 006	—	—	—	—	—	460[illegible]	—	8 145 006	—		
Stahlwerk	920 000	—	—	—	—	—	—	[illegible]	920 000	—		
Walzwerke	7 580 002	—	265 016	40	—	—	535[illegible]	[illegible]0	7 310 001	—		
Werkstätten	20 000	—	—	—	—	—	—		20 000	—		
Elektr. Kraft- u. Lichtanl.	1 490 000	—	—	—	—	—	290 00[illegible]		1 200 000	—		
Betriebsgeb.	90 000	—	—	—	—	—	10 00[illegible]		80 000	—		
Beamt.- u. Arbeiterwohnh.	1 500 000	—	251 000	—	—	—	151 000		[illegible]600 000	—		
Wasserleitgs.-anlage	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Eisenbahnen und Wege	240 000	—	—	—	—	—	40 000	—	[illegible]0 000	—		
Dampfkessel	25 000	—	—	—	—	—	5 000	—	[illegible]000	—		
Gasreinigung	250 000	—	24 156	03	—	—	74 156	03	[illegible]000	—		
Allg. Neubaut.	925 700	81	1 082 862	86	p. Saldo		—	—	[illegible]563	67		
Inventarien	78 673	81	—	—	78 672	81	—	—	1	—		
Lokomotiven u. roll. Material	291 480	38	1 901	65	—	—	30 493	56	2[illegible]8	47		
	26 503 597	79	2 007 460	27	78 672	81	2 000 000	—	26 43[illegible]	25	26 432 385	25
III. Dortmunder Union. a) Dortmunder Werke												
Erzgruben-felder	1 750 000	—	213 966	66	—	—	413 966	66	1 550 [illegible]			
Erzgrubenbau	669 000	—	—	—	—	—	200 000	—	469 0[illegible]			
Grundstücke	9 401 760	08	13 575	—	503	80	48 100	01	9 366 73[illegible]			
Hochöfen	12 400 000	—	860 690	—	—	—	1 060 690	—	12 200 00[illegible]			
Gasreinigung	1 000 000	—	—	—	—	—	200 000	—	800 000			
Elektr. Kraft u. Lichtanl. u. Gasgebläse	5 500 000	—	—	—	—	—	400 000	—	5 100 000	—		
Transport	30 710 760	08	1 088 431	66	503	80	2 322 7[illegible]6	67	29 485 731	27	[illegible]0254	49

G. Sauerbrey Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft.

Bilanz per 30. Juni 1915.

Aktiva.	M.	Pf
Grundstücks-Kto.	979 620	01
Fabrikgebäude-K.	695 500	—
Beamten- und Arbeit.-Wohnh.	253 000	—
Maschinen-Konto	240 000	—
Werkzeug-Konto	1	—
Mobil.- u. Utensil.	1	—
Elektr. Bel., Kraft- u. Kran-Anlage	1	—
Zeichn. u. Modelle	1	—
Gespann-Konto	1	—
Gleisanlage-Kto.	1	—
Patent-Konto	1	—
K.-Korr.-K., Deb.	1 031 664	76
Kassa-Bestand	4 974	77
Effekten-Konto	75 855	—
Aval-Konto	81 000	—
Fabrikations-Kto.	579 383	24
	3 941 004	78

Passiva.	M.	Pf
Aktien-Kapital-K.	1 750 000	—
Obligationsschuld	936 000	—
Nicht eingel. Obl.	12 000	—
Obligationszinsen	9 270	—
Dividende-Konto	750	—
Hypotheken-Kto.	400 000	—
K.-Korr.-K., Kred.	379 429	38
Delkrederefonds	10 000	—
Reservefonds I	80 000	—
Reservefonds II	45 000	—
Talonsteuer-Res.	22 500	—
Dispositionsfonds für Unterstütz. an Beamt. u. Arb.	25 570	—
Interims-Konto	15 545	97
Aval-Konto	81 000	—
Gew.- u. Verl.-K.	173 939	43
	3 941 004	78

Gewinn- und Verlust-Konto per 30. Juni 1915.

Debet.	M.	Pf
Handl.-Unkosten	359 545	94
Abschreibungen	106 775	31
Gewinn	173 939	43
	640 260	68

Kredit.	M.	Pf
Vortrag aus 1914	34 475	43
Fabrikations-Kto. Brutto-Ertrag	601 333	75
Grundstücks-Ertr.	4 451	50
[6232]	640 260	68

Laut Beschluss der heutigen Generalversammlung beträgt die Dividende für das Geschäftsjahr 1914/15 **6%** gleich **60.— M.** pro Aktie; sie kann gegen Aushändigung des Gewinnanteilscheines Nr. 9 **von heute ab** an der **Kasse der Gesellschaft**, oder bei der **Nationalbank für Deutschland, Berlin**, oder bei der **Commerz- und Disconto-Bank, Berlin**, oder bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin**, oder bei dem Bankhause **Wiener Levy & Co., Berlin**, oder bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G., Köln**, oder bei der **Essener Creditanstalt** in **Essen**, oder bei der **Hildesheimer Bank** in **Hildesheim** erhoben werden.

Stassfurt, den 27. Okt. 1915.

Der Vorstand. R. Sauerbrey.

Bilanz am 30. Juni 1915.

Aktiva.	30. Juni 1914 M.	Pf.	Zugänge M.	Pf.	Abgänge M.	Pf.	Abschreibung. M.	Pf.	30. Juni 1915 M.	Pf.	M.	Pf.
Transport	30 710 760	08	1 088 431	66	503	80	2 322 756	67	29 485 731	27	13200025[illegible]	[illegible]9
Stahlwerke	17 100 000	—	184 424	97	—	—	1 284 424	97	16 000 000	—		
Walzwerke	8 500 000	—	171 029	90	—	—	871 029	90	7 800 000	—		
Werkstätten	550 000	—	—	—	—	—	100 000	—	450 000	—		
Dampfkessel	100 000	—	—	—	—	—	30 000	—	70 000	—		
Eisenbahnen und Wege	4 850 000	—	23 256	26	—	—	323 256	26	4 550 000	—		
Beamten- und Arb.-Wohnh.	1 050 000	—	—	—	—	—	50 000	—	1 000 000	—		
Wasserleitgs.-Anlage	500 000	—	—	—	—	—	150 000	—	350 000	—		
Räderfabrik	1 100 000	—	12 115	85	—	—	212 115	85	900 000	—		
Brückenbau-Anstalt und Weichenbau	1 200 000	—	—	—	—	—	200 000	—	1 000 000	—		
Waggonfabrik	900 000	—	—	—	—	—	100 000	—	800 000	—		
Allgemeine Neubauten	1 161 642	98	—	—	1 161 642	98	—	-	—	-		
Inventarien	588 140	86	—	—	156 744	69	—	—	431 396	1[illegible]		
Lokomotiv. u. roll. Material	300 000	—	56 416	35	—	—	56 416	35	300 000	—		
Beteil.-Ziff. a. Verb. sowie Kundschaft	1 800 000	—	—	—	—	—	300 000	—	1 500 0[illegible]	—		
b) Horster Werke.												
Grundbesitz	795 385	55	—	—	787	50	7 300	—	787 [illegible]98	05		
Hochofenanl.	757 700	—	—	—	—	—	57 700	—	70[illegible]00	—		
Elektr. Kraft- u. Lichtanl.	22 000	—	—	—	—	—	2 000	—	[illegible] 000	—		
Eisenbahnanl.	30 000	—	—	—	—	—	10 000	—	[illegible]0 000	—		
Schraubenfab.	110 000	—	—	—	—	—	10 000	—	[illegible]0 000	—		
Federnfabrik	30 000	—	—	—	—	—	2 000	—	[illegible]28 000	—		
Achsenfabrik	8 000	—	—	—	—	—	1 000	—	7 000	—		
Dienst- u. Wohngebäud	140 000	—	—	—	—	—	10 000	—	130 000	—		
	72 313 629	47	1 535 474	99	1 319 678	97	6 100 000	—	[illegible]6 429 425	49	66 429 425	49
IV. Friedrich Wilhelms-Hütte.												
Hüttengrdst.	450 000	—	—	—	—	—	—	[illegible]	450 000	—		
Baugrundstck. u. Wohnung	500 000	—	—	—	—	—	50 00[illegible]	—	450 000	—		
Hochöfen	4 320 000	—	241 014	99	—	—	261 0[illegible]	99	4 300 000	—		
Giessereien	5 830 000	—	506 137	87	—	—	336 1[illegible]	87	6 000 000	—		
Maschinenbauanstalt	1 400 000	—	—	—	—	—	100 [illegible]0	-	1 300 000	—		
Eisenbahnanl.	473 664	28	34 429	09	—	—	4[illegible]47	14	460 246	23		
Elektr. Kraft- u. Lichtanl.	165 000	—	—	—	—	—	[illegible] 000	—	140 000	—		
Kokerei	2 040 000	—	—	—	—	—	1[illegible]0 000	—	1 900 000	—		
Gaskraftanl.	2 040 000	—	—	—	—	—	[illegible]0 000	—	1 900 000	—		
Gruben	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
	17 218 665	28	781 581	95	—	—	[illegible]00 000	—	16 900 247	23	16 900 247	23
V. Nordseewerke.												
Grundstücke	290 000	—	—	—	—	—	—	—	290 000	—		
Gebäude	330 000	—	171 285	64	—	—	21 285	64	480 000	—		
Maschinen	600 000	—	229 829	59	—	—	89 829	59	740 000	—		
Werftanlagen	100 000	—	—	—	—	—	10 000	—	90 000	—		
Dock	320 000	—	—	—	—	—	20 000	—	300 000	—		
Fahrzeuge	20 000	—	—	—	—	—	5 000	—	15 000	—		
Hellinganlage	1 600 000	—	172 009	81	—	—	72 009	81	1 700 000	—		
Eisenbahnen, Wege- u. Kaianlage	130 000	—	254 236	73	—	—	64 236	73	320 000	—		
Arbeiterwohnhäuser	536 074	73	113 493	37	—	—	17 638	23	631 929	87		
Werkzeuge	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Inventarien u. Mobilien	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Modelle	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Div. Neuanlag.	50 970	69	—	—	[illegible] 970	69	—	—	—	—		
	3 977 048	42	940 855	14	[illegible]0 970	69	300 000	—	4 566 932	87	4 566 932	87
Transport											219896859	88

Die auf **15 pCt.** festgesetzte Dividende gelangt sofort mit **M. 150.**— pro Dividendenschein Nr. 6 der Aktien Nr. 1—3750 und Dividendenschein Nr. 5 der Aktien Nr. 3751—7500 bei der **Gesellschaftskasse in Hönningen am Rhein**, **in Berlin** bei der **Commerz- und Disconto-Bank**, bei der **Deutschen Bank**, bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft** oder deren Filiale in **Coblenz**, bei der **Nationalbank für Deutschland**, in **Cöln** bei dem **A. Schaaffhausenschen Bankverein A.-G.** in **Cöln** zur Auszahlung.

Hönningen am Rhein, den 2. November 1915.

Chemische Fabrik Hönningen und vormals Messingwerk Reinickendorf R. Seidel Aktiengesellschaft.

Der Aufsichtsrat:
Eugen Landau, Vorsitzender.

Der Vorstand:
Dr. Kircheisen.

[illegible]anz am 30. Juni 1915.

Aktiva.	30. Juni 1914 M.	Pf.	Zugänge M.	Pf.	Abgänge M.	Pf.	Abschreibung. M.	Pf.	30. Juni 1915 M.	Pf.	M.	Pf.
Transport											219896859	88
Best. an Materialien i. Bochum, Differdingen, Dortmund, Horst, Mülheim-Ruhr und Emden . . .											7 745 001	31
Best. an Fabrikaten in Bochum, Differdingen, Dortmund, Horst, Mülheim-Ruhr und Emden . . .											9 567 455	07
Kautionen M. 4225977.07 Bürgschafts-Debitoren M. 10478250.— M. 14704227.07												
Kasse											395 181	12
Wechsel . . .											74 689	85
Wertpapiere .											1 722 218	05
Beteiligungen												
Beteil. a. Zeche Tremonia $995^{7}/_{10000}$ Kuxe											5 514 496	16
Beteiligung an der Saar- u. Mosel-Bergwerksges. Karlingen . .											4 485 898	20
											10 407 952	44
Debitoren:												
Banken . . .									5 024 936	28		
Verschiedene									30 603 078	39	35 628 014	67
											285437766	95

Passiva.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Aktien-Kapital							130000000	—
Fundierte Schulden:								
4% Teilschuldverschr. der früh. Akt.-Ges. Zeche Dannenbaum vom Jahre 1897 .	1 021 000	—						
ab Tilgung	21 000	—	1 000 000	—				
4½% Schuldverschr. v. J. 1902 (Dannenb.)	6 417 000	—						
dazu neu emittierte	21 000	—						
	6 438 000	—						
ab Tilgung M. 96 000,— im eig. Besitze befind. sich „ 451 000,—	547 000	—	5 891 000	—				
4½% herabgesetzte Teilschuldverschreibungen vom Jahre 1902 (Differdingen)	5 836 400	—						
ab Tilgung	75 000	—	5 761 400	—				
4% Partial-Darl.-Urk. der früh. Gewerkschaft Friedlicher Nachbar v. Jahre 1900	1 050 000	—						
ab Tilgung M. 50 000,— im eig. Besitz befinden sich „ 22 000,—	72 000	—	978 000	—				
4% Teilschuldverschr. der früh. Gewerkschaft Friedlicher Nachbar v. Jahre 1901	640 000	—						
ab Tilgung M. 40 000,— im eig. Besitz befinden sich „ 16 000,—	56 000	—	584 000	—				
4% Obl. hyp. a. Hüttenwerk Mülheim-Ruhr	862 000	—						
ab Tilgung	862 000	—						
4½% Teilschuldverschreib. v. Jahre 1908	8 000 000	—						
ab Tilgung	133 000	—	7 867 000	—				
4½% Teilschuldverschr. d. fr. Gewerksch. der Zeche ver. Wiendahlsbank v. J. 1894	414 000	—						
ab Tilgung	27 000	—	387 000	—				
4½% Teilschuldverschr. d. fr. Gewerksch. der Zeche ver. Wiendahlsbank v. J. 1909	2 950 000	—						
ab Tilgung M. 100 000,— im eig. Besitz befinden sich „ 920 000,—	1 020 000	—	1 930 000	—				
Transport			24 398 400	—			13[illegible]00	—

	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Transport			24 398 400	—			130000000	—
4½% Teilschuldenverschr. der früheren Union vom Jahre 1900 (Hansemann)	4 619 500	—						
ab Tilgung	176 500	—	4 443 000	—				
4% Partialobl. d. früh. Union v. Jahre 1893	1 681 000	—						
ab Tilgung	114 000	—	1 567 000	—				
4½% Teilschuldverschr. der früheren Union vom Jahre 1908	15 467 000	—						
ab Tilgung	279 000	—	15 188 000	—				
4½% Partialobl. hyp. a. Z. Kaiser Friedr.	219 000	—						
ab Tilgung	219 000	—						
5% Partialobl. hyp. a. Z. Kaiser Friedrich	1 019 720	—						
ab Tilgung	1 019 720	—						
5% Teilschuldverschreibungen aus 1914			25 000 000	—				
Genussscheine Kaiser Friedrich . . .	32 623	98						
ab Tilgung	22 306	08	10 317	90	70 606 717	90		
Hypoth. a. Arbeiterhäuser u. Grundstücke			10 807 833	35				
abzügl. Hypoth. z. unseren Gunsten			248 743	95	10 559 089	40	1 165 807	30
Unfundierte Verpflichtungen:								
Löhne					2 844 907	[illegible]		
Kreditoren { f. Vorauszahluug a. Liefer.			774 190	57				
Kreditoren { Verschiedene			28 783 482	75	29 557 673	[illegible]2		
Rückstellung f. genossenschaftl. Beiträge					1 243 44[illegible]	01		
Aufgelaufene Obligationen-Zinsen . .					1 184 10[illegible]	30		
Ausgeloste Obligationen					158 2[illegible]	20		
Rückständige Dividenden					8 [illegible]5	—		
Rückständige Genussscheine					4[illegible]85	10	35 001 508	80
Beamten- u. Arbeiter-Unterstützungsfonds							245 831	96
Delkredere-, Hochofen-Erneuerungsfonds und Rückstellungs-Konto							1 159 444	50
Union-Stiftung							308 245	99
Reservefonds							32 801 359	73
Agio-Konto, noch nicht abgerechnetes Agio auf neue Aktien							1 849 168	84
Avale . . . . M. 4 225 977.07								
Bürgschafts-Konto . . M. 10 478 250.—								
M. 14 704 227.07								
Rückstellung für Talonsteuer							710 163	—
Rückstellung für Wehrsteuer							103 657	95
Kriegskosten-Rückstellungs-Konto . .							1 500 000	—
Verfügb. Gewinn einschl. M. 473 078.69 Vortrag aus dem Vorjahre							592 578	88
							285437766	95

Soll. **Gewinn- und Verlust-Konto am 30. Juni 1914.** **Haben.**

Soll	M.	Pf.	Haben	M.	Pf.
An Obligat.-u.Hypotheken-Zins.	3 763 167	15	Per Vortrag aus 1913/14 . .	473 078	66
„ Steuern	1 692 688	42	„ Uebertrag v. Kriegskosten-Rückstellungs-Konto . .	5 000 000	—
„ Abschreibungen	16 500 000	—	„ Betriebsüberschüsse . .	17 075 295	79
„ Gewinn	592 578	88	„ Verfallene Dividende . .	60	—
	22 548 434	45		22 548 434	45

Bochum, den 30. Juni 1915.

(5230)

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft.

Der Vorstand: R. Eigenbrodt. Knepper. Knupe. Sellge. Vögler. Wirtz.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt" und für den Inseratenteil: Lucya Sueß, Charlottenburg.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.